

BLICKPUNKT BUNDESTAG



DEUTSCHER BUNDESTAG

Januar 1/2004
2,00 €
ISSN 14359146
G10624

Europajahr 2004

Europa nimmt Form an



Sonderthema
Enquete-Kommissionen

Seite 17

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

sehr gern beginne ich das erste Editorial des Jahres 2004 mit einer guten Nachricht, denn der BLICKPUNKT BUNDESTAG ist ausgezeichnet worden. Als „innovatives und erfolgreiches Projekt“ der politischen Kommunikation wurde ihm der **Politikaward 2003** zugesprochen. Auf Seite 45 sehen Sie, wie groß die Freude bei den Geehrten war.

Zwei **Schwerpunkte** gibt es in diesem Heft: Europa und die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages. Zum Thema Europa möchte ich Ihnen den Essay von Rolf-Dieter Krause besonders ans Herz legen. Seine kurze Analyse verdeutlicht das Spannungsfeld, das am Ende des alten Jahres die Schlagzeilen beherrschte. Wie wird das künftige Europa mit zehn weiteren Mitgliedern zusammenfinden?

Am 13. Juni sind wir aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament für fünf Jahre zu wählen. BLICKPUNKT BUNDESTAG beschreibt zudem die Entwicklung vom **Europa** der sechs zum Europa der 25 Staaten. Ebenfalls zum Thema Europa gehört der Blick auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt, der die Verschuldung der EU-Länder begrenzen soll. Hierzu befragte BLICKPUNKT die Fachleute der einzelnen Fraktionen. Aber auch Ihre Meinung zu diesem Thema ist uns wichtig. Senden Sie Ihre E-Mail an:
blickpunkt@media-consulta.com.



Stefan Thomas.

Was macht eigentlich eine **Enquete-Kommission**? Man kann sagen: Sie schaut voraus. Obwohl das Wort ursprünglich eher Aufklärung bedeutete. Das waren sie auch: Kommissionen, die Missstände und Skandale aufdecken sollten, bis dann dafür die so genannten Untersuchungsausschüsse eingesetzt wurden. Enquete-Kommissionen werden heute gebildet, wenn es heißt, rechtzeitig zu erkennen, welcher Handlungsbedarf auf unser Parlament zukommt. Dort sitzen nicht nur Parlamentarier, sondern es werden Experten der jeweiligen Fachgebiete mit in die Beratungen einbezogen. Es sind „Denkfabriken“ mit Blick auf Übermorgen.

Einen guten Start in das neue Jahr wünscht Ihnen das BLICKPUNKT-Team.

A handwritten signature in black ink that reads "Stefan Thomas". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

INHALT

Titelfoto: Europafahne vor dem Reichstagsgebäude



Titel

- 4 Europa nimmt Form an
Europajahr 2004



Details im Bundestag

- 14 Säulen, Stützen, Pfosten



Menschen im Bundestag

- 33 In Pressestellen ticken die
Uhren ziemlich schnell
Fraktionsmitarbeiterin
Isabella Pfaff

Essay

- 3 Tempolimits für Europa
Von Rolf-Dieter Krause

Tagesläufe

- 10 Was macht eigentlich
die Zukunft?
Der Abgeordnete
Karsten Schönfeld

Cullen

- 16 Ganovenjagd im
Reichstagsgebäude

Sonderthema Enquete- Kommissionen

- 18 Denkfabriken des
Parlaments
20 Blick über den Tellerrand
24 Chancen und Grenzen
medizinischer Forschung
26 Inhalte für die öffentliche
Diskussion
28 Die Kunst der Kulturförde-
rung
30 Eine Lobby für die Kultur
32 Infos

Debatte

- 36 Konjunkturbremse oder
Garant für den Euro?
Forum: Stabilitäts- und
Wachstumspakt
41 Infotipps: Weitere Themen
im Bundestag
42 Was ist gerecht?
Streitgespräch: Gerechtigkeit

Panorama

- 45 Begegnungen im
Parlamentsviertel
46 Drei Fragen an
Abgeordnete
46 Welches Buch
lesen Sie gerade?
47 Report
48 Schumanns Sicht
der Dinge
48 Gefragt – geantwortet
49 Impressum

Tempolimits für Europa

von Rolf-Dieter Krause

Es wird eine schöne Feier werden. Ach was: Viele schöne, rauschende Feste werden es sein. Wenigstens das. In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 2004 wird die Europäische Union ihre zehn neuen Mitglieder begrüßen. Und wenn die Freudenraketen nicht vor Scham im Flaschenhals stecken bleiben, dann wird Europa sich noch einmal in der Illusion der großen, freundschaftlichen, buchstäblich allumfassenden Umarmung wiegen.

Im Alltag wird das europäische Haus zwar größer, aber es ist immer noch eine Hütte, und die brennt. Das Wohlstandsgefälle in der EU wird nach dem Beitritt der zehn Neulinge steiler sein denn je. Die Zustimmung der Bevölkerung zur europäischen Integration schwindet fast flächendeckend. Die politische Methodik der EU – spätestens die gescheiterten Verhandlungen über die Verfassung machten es offenbar – hat sich erschöpft. Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme ist weit entfernt. Europas Finanzierung: umstrittener denn je. Seine Rolle in der Welt? Mehr Wollen als Können ...

Gute Aussichten also? Gute Aussichten! Die Probleme türmen sich so, dass niemand mehr an ihnen vorbeisehen kann. Die jahrzehntelange und übrigens oft sogar erfolgreiche Praxis, nach vollmundigen Ankündigungen eher mittelmäßige Ergebnisse zu erzielen – sie ist ausgereizt. Europa muss sich seiner Realität und damit auch seinen Konflikten stellen. Und das Scheitern des Brüsseler Gipfels spricht dafür, dass es damit schon begonnen hat.

Der europäische Graben verläuft nicht zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten, nicht zwischen alten und neuen, nicht einmal zwischen armen und reichen. Er verläuft zwischen denen, die nur sich bereichern wollen, und jenen, die Europa bereichern. Zwischen denen, die Europa als große Kasse missverstehen, und jenen, die es als historisches, als politisches Projekt begreifen. Zwischen denen, die den eigenen Vorteil notfalls auch

auf Kosten von Partnern suchen, und jenen, die darauf vertrauen, dass der Vorteil des ganzen Europas den eigenen Vorteil dauerhafter sichert. Zwischen denen, die von der eigenen Souveränität nicht lassen wollen, und jenen, die sie zumindest dann gern preisgeben, wenn der Vorteil gemeinsam ausgeübter Souveränität überwiegt.

Europa hat darüber nie diskutiert. Nicht, dass es an Äußerungen zu Europas Selbstverständnis gefehlt hätte. Aber an Vereinbarungen. Sie waren entbehrlich, solange Europa auf seinem pragmatischen Weg mal stolperte, mal schritt, aber immer irgendwie vorankam. Nur eine Verfassung konnte so nicht entstehen.

Warum soll das in ein paar Monaten anders sein? Ist es überhaupt wünschenswert, dass Polen oder Spanien unter irgendeinem Druck beidrehen? Und umgekehrt: Warum sollen Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und andere resignieren und ihre europäische Ambition vergessen?

Der europäische Prozess muss offen sein für jene, die daran teilnehmen wollen. Aber er darf niemanden überfordern.

Wenn ein Land wie Polen sich fürchtet, seine gerade gewonnene Souveränität schon wieder preiszugeben, dann verdient dies jeden Respekt. Aber man darf dann auch verlangen, dass es sich nicht einer „immer enger werdenden Union“ anschließt, die genau das verlangt. Niemand hat das Recht, ein Land zu etwas zu treiben, das es nicht will. Aber dieses Land hat umgekehrt nicht das Recht, andere an dem zu hindern, das sie wollen.

Dem Willen der Staaten und Völker Europas ist ganz offensichtlich mit nur einer Geschwindigkeit nicht mehr zu dienen. Es gibt keinen Grund mehr, daran festzuhalten. Euro- und Schengenland – beide eher notgedrungen nicht identisch mit der ganzen EU – haben gezeigt, dass es anders geht. Es ist an der Zeit, aus der Not eine Tugend zu machen.



Rolf-Dieter Krause, 1951 in Lüneburg geboren, begann seine journalistische Laufbahn bei der „Landeszeitung für die Lüneburger Heide“. Es folgten fast zehn Jahre bei der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“. Seit 1982 arbeitet er für das Fernsehen des WDR. Nach Stationen in Bonn und Brüssel leitet er seit Mai 2001 das ARD-Studio Brüssel. 1992 erschien im Heyne Verlag sein Buch „Europa auf der Kippe – 14 Argumente gegen den Vertrag von Maastricht“.

www.ard.de/korrespondentenwelt



Europajahr 2004

Europa nimmt Form an

Das Jahr 2004 ist vollgepackt mit europäischen Ereignissen. Die EU-Erweiterung im Mai, die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni. Und im November wird eine neue Kommission mit Kommissaren aus 25 EU-Staaten ihre Arbeit aufnehmen. Wir haben uns angeschaut, wie sich das Europäische Parlament und die neuen Abgeordneten aus den Beitrittsländern auf die Ereignisse vorbereiten.





Schweden

Finnland

Oslo

Stockholm

Helsinki

Tallinn

Estland

Moskau

Russland

Lettland

Riga

Litauen

Vilnius

Minsk

Weißrussland

Berlin

Polen

Warschau

Ukraine

Kiew

Prag

Tschechische Republik

Slowakei

Bratislava

Wien

Österreich

Ungarn

Budapest

Moldawien

Kischinjow

Ljubljana

Slowenien

Zagreb

Kroatien

Bosnien-Herzegowina

Belgrad

Rumänien

Bukarest

San Marino

Sarajevo

Serbien

Sofia

Bulgarien

Rom

Italien

Albanien

Skopje

Mazedonien

Tirana

Griechenland

Athen

Ankara

Türkei

Valetta

Malta

Zypern

Nikostia

Parlamente im Internet



Deutschland
www.bundestag.de

Wenn Alojz Peterle Glück hat, dann wird für ihn die EU-Erweiterung ganz praktische Vorteile bringen – mehr Platz zum Arbeiten. Derzeit teilt sich der Politiker aus Slowenien noch sein Zehn-Quadratmeter-Büro im Europaparlament in Straßburg mit einem polnischen Kollegen. Der muss draußen warten, während wir miteinander sprechen. Am zweiten Standort des Parlaments in Brüssel sind sie gar zu dritt in einem

Büro. Klagen will Peterle darüber nicht, denn noch ist er Gast in Europas Parlament. Peterle ist Abgeordneter in Slowenien und derzeit als Beobachter in Brüssel und Straßburg. Die kleinen Unannehmlichkeiten muss man da eben in Kauf nehmen. Nach den Wahlen am 13. Juni würde er allerdings gern als richtiger Europaabgeordneter ins Parlament einziehen. Das kleine Büro in Straßburg hätte er dann für sich.

Nach der großen Erweiterung der Europäischen Union im Mai beginnt auch im Europäischen Parlament das Stühlerücken. Aus derzeit 626 Abgeordneten werden dann 732. Aus den neuen Mitgliedstaaten kommen 162 Abgeordnete hinzu. Dafür verzichten die alten Mitgliedstaaten auf 56 Parlamentssitze. Nur Deutschland muss keinen Sitz abgeben. Die Bundesrepublik wird wie vor der Erweiterung mit 99 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten sein.

Alojz Peterle hofft bei den Wahlen im Juni auf einen der sieben Sitze, die Slowenien mit gut 1,9 Millionen Einwohnern künftig in Europas Volksvertretung haben wird. „Wir stehen in den Umfragen ganz gut da“, sagt der 55-Jährige, dessen Biografie eng mit der EU und der Erweiterung verbunden ist. Peterle war der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident Sloweniens, später Außenminister, dann leitete er den Europaausschuss im slowenischen Parlament. Und er ist bekennender Europäer. „Ich bin verliebt in ein vereintes Europa“, sagt er. Seine Partei „Neues Slowenien“ steht politisch im konservativen Spektrum. Doch obwohl seine Partei in der nationalen Politik keine unerhebliche Rolle spielt, ist der Einzug ins Europäische Parlament nicht sicher. Denn wenn ein Land nur sieben Abgeordnete hat, dann muss eine Partei auf gut 14 Pro-

Europaparlament in Straßburg.



Griechenland
www.parliament.gr



Großbritannien
www.parliament.uk



Irland
www.gov.ie/oireachtas



Italien
www.parlamento.it



Lettland
www.saeima.lv



Belgien
www.lachambre.be



Dänemark
www.folketinget.dk



Estland
www.riigikogu.ee



Finnland
www.eduskunta.fi



Frankreich
www.assemblee-nationale.fr



zent der Stimmen kommen, um nur einen Sitz zu erhalten. Nur drei der neun im nationalen Parlament vertretenen Parteien haben bislang Aussicht auf einen Sitz im Europäischen Parlament. Dabei steht Slowenien noch gut da. Luxemburg, Zypern und Estland werden nur sechs Europaabgeordnete haben. Malta gar nur fünf. Da liegt die Latte für einen Sitz im Europaparlament mit 20 Prozent der Stimmen für kleine Parteien schon zu hoch.

Amtssprache arabischen Ursprungs

Ob nun fünf, sieben oder wie bei Polen 54 Abgeordnete aus einem Land dazukommen, sie bringen in jedem Fall ihre Sprache mit. Statt derzeit elf wird es deshalb künftig 20 Amtssprachen geben, in die jedes Ausschussdokument und jeder Antrag übersetzt werden müssen. Mit Maltesisch wird dann auch eine Sprache mit arabischem Ursprung Amtssprache der EU. Lediglich das griechischsprachige Zypern

bringt vorerst keine Sprache mit in die Union. Doch auch das könnte sich ändern, wenn der türkischsprachige Norden der Insel irgendwann auch einmal zur EU kommt.

Für Peterle wäre der ganze Übersetzungsaufwand nicht nötig. Er spricht neben Slowenisch gut Deutsch und Englisch. Das gilt für die meisten sei-

ner Kollegen aus den Beitrittsländern. Verzichten kann man nach Peterles Meinung auf die Übersetzer und Dolmetscher dennoch nicht. Denn auch ein weniger polyglotter Volksvertreter muss ja die Möglichkeit haben, seine Arbeit zu machen. Allein für die Simultanübersetzung während der Sitzungen sucht das Parlament derzeit des-

Kerneuropa?

Nach dem Streit um die EU-Verfassung auf dem Gipfeltreffen im Dezember wird wieder stärker über ein Kerneuropa diskutiert. Ist eine EU mit 25 Mitgliedern nicht zu groß und sind ihre Interessen zu unterschiedlich, um handlungsfähig zu sein? Sollten nicht deshalb die Staaten, die an einer engeren Zusammenarbeit interessiert sind, sich zu einem Kerneuropa zusammenschließen?

Unterschiede in der Zusammenarbeit in der EU gibt es schon jetzt. Am Euro nehmen nur zwölf der 15 EU-Staaten teil. Die gemeinsame Einreise- und Asylpolitik wurde zunächst von einigen Mitgliedstaaten begonnen und erst später in die EU-Politik integriert. Auch in der Sicherheitspolitik arbeiten die Mitgliedstaaten unterschiedlich eng zusammen. Wenn einige in der Integration vorangehen, dann sollen die anderen die Chance haben nachzuziehen, so die bisherige Regel. Einen einheitlichen festen Kern, etwa aus den sechs Gründerstaaten der EU, der in allen Fragen die Avantgarde bildet, hat es bislang nicht gegeben. Denn es ist keineswegs so, dass immer die gleichen Staaten an einer engeren Zusammenarbeit interessiert sind. Österreich und Irland etwa nehmen am Euro teil, haben aber als neutrale Staaten Schwierigkeiten mit einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die wiederum Großbritannien interessiert, das noch nicht den Euro eingeführt hat. Ein Kerneuropa, das sich als exklusiver Club versteht, so die Befürchtung, würde Europa nicht einigen, sondern spalten.

Informationen zur EU-Erweiterung unter <http://europa.eu.int/comm/enlargement> und www.bundestag.de (Europa)



Litauen
www.lrs.lt



Luxemburg
www.chd.lu



Malta
www.parliament.gov.mt



Niederlande
www.tweede-kamer.nl



Österreich
www.parlament.gv.at



Polen
www.sejm.gov.pl



Portugal
www.parlamento.pt



Schweden
www.riksdagen.se



Slowakei
www.nrsr.sk



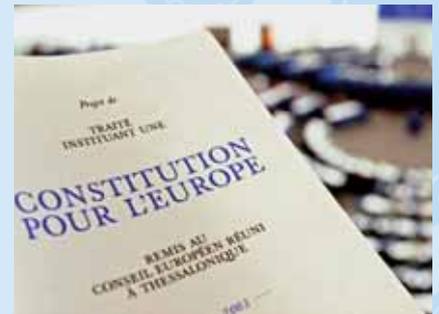
Slowenien
www.dz-rs.si

halb rund 200 Dolmetscher. Auch die Sitzungssäle werden derzeit für die zusätzlichen Übersetzer umgebaut, um Platz für neue Kabinen zu schaffen. Allerdings wird es in den Plenardebatten und den Ausschüssen künftig keine direkten Übersetzungen aus allen Sprachen in alle Sprachen geben. Die Übersetzer für die 189 möglichen Sprachkombinationen würden schlicht keinen Platz finden. Und wo sollte das Parlament beispielsweise genügend qualifizierte Dolmetscher für Übersetzungen aus dem Estnischen ins Griechische hernehmen.

Das Zauberwort heißt hier künftig „Relaisübersetzung“. Die meisten Übersetzer werden der englischen Übersetzung lauschen und von dort dann weiterübersetzen. In den Ausschusssitzungen werden einige Sprachen nur passiv angeboten werden. Das heißt, ein litauischer Abgeordne-

ter wird litauisch sprechen können. Wenn er aber der Debatte folgen will, dann muss er sich mit der englischen, deutschen oder französischen Übersetzung behelfen.

Wenn Peterle es bei den Wahlen im Juni schafft, dann wird er sich der Fraktion der Europäischen Volkspartei/Europäische Demokraten anschließen, der derzeit größten Fraktion im Europaparlament. Die EVP/ED ist die große konservative Familie in der EU und eine ziemlich bunte Truppe, muss sie doch jetzt sehr unterschiedliche Gruppierungen unter einen Hut bringen. Neben Befürwortern eines föderalen Europas aus der deutschen CDU sitzen in der EVP/ED-Fraktion die britischen Konservativen, von denen manche der Meinung sind, Großbritannien könnte auch ohne die EU ganz gut leben. Zweitgrößte Fraktion im Parlament sind derzeit die Sozial-



Verfassungsentwurf.

demokraten, denen auch die deutschen SPD-Abgeordneten angehören. Auch sie dürfen auf Zulauf von Abgeordneten aus den Beitrittsländern hoffen, so etwa von den in Polen regierenden Sozialdemokraten. Für die kleineren Fraktionen wie die Liberalen, die Grünen, die Vereinigte Linke, der die PDS angehört, oder die Rechtskonservativen ist das Spiel noch offen.

Matthias Wissmann: Wie geht es weiter?



Was viele befürchtet hatten, ist nun eingetreten: Die europäische Verfassung, die die Grundlage für eine erfolgreiche Integration der Beitrittsländer in die EU bilden sollte, ist scheinbar in weite Ferne gerückt. Wie geht es nach dem Scheitern der Regierungskonferenz weiter?

Klar ist: Die EU steckt in einer Krise. Doch auch wenn es derzeit keine Einigung über eine gemeinsame europäische Verfassung gibt – die Hoffnung auf eine Lösung im Jahr 2004 darf man nicht aufgeben. Allerdings muss so zügig wie möglich gehandelt werden. Doch wenn man sich das nächste Mal an den Verhandlungstisch setzt, muss die Einstellung stimmen: Wenn nicht alle Teilnehmer gewillt sind, sich für ein Mehr an Demokratie, Transparenz und Effizienz in Europa einzusetzen – und

dazu gehört eindeutig auch die Neuordnung der Stimmengewichtung – ist ein solches Treffen Zeitverschwendung.

Das Ziel bleibt ein geeintes Europa, in dem alte und neue EU-Staaten gemeinsam Europa gestalten. Doch es wäre unverantwortlich gegenüber Europa, nun einfach zu hoffen und abzuwarten. Die Staaten, die wie Frankreich und Deutschland bereit sind, die politische Integration Europas und damit das engere Zusammenwachsen Europas voranzutreiben, werden sich zu Recht nicht aufhalten lassen. Die Entwicklung eines Kerneuropas mag nicht der Wunsch der führenden europäischen Nationen sein, doch auf eben diese Konstellation der verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten könnte es innerhalb der Europäischen Union hinauslaufen.

Matthias Wissmann (CDU/CSU) ist Vorsitzender des Bundestagsausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.



Spanien
www.congreso.es



Tschechien
www.psp.cz



Ungarn
www.mkogy.hu



Zypern
www.parliament.cy



Europa
www.europarl.de



Ein Wermutstropfen wird auch für Alojz Peterle bleiben, selbst wenn er das erhoffte Ticket nach Europa erhält. Denn trotz Erweiterung und Neuwahlen zum Europäischen Parlament wird ein fest eingeplantes europäisches Großereignis in diesem Jahr wohl nicht stattfinden: die Einigung über eine Europäische Verfassung. Dramatisieren will Peterle das Unglück nicht. „Es gab einen Unfall, aber ohne tödliche Verletzungen“, sagt er. Der Politiker aus Slowenien hat zum „Unfallopfer“ eine besondere Beziehung – er ist einer der Väter. Peterle war für das slowenische Parlament Mitglied im EU-Konvent, also der Versammlung, die in den vergangenen zwei Jahren den Entwurf für eine EU-Verfassung vorbereitet hat.

Annäherung unter Fremden

Doch auf dem EU-Gipfel im Dezember letzten Jahres konnten sich die 25 Staats- und Regierungschefs nicht darüber einigen. Vor allem Spanien und Polen wollten dem neuen Abstimmungsmodus im EU-Ministerrat nicht zustimmen. Statt der vom Konvent vorgeschlagenen „doppelten Mehrheit“ aus EU-Staaten und Bevölkerung wollten sie am Abstimmungssystem festhalten, das vor gut drei Jahren in Nizza beschlossen wurde, und sie fast gleichstellt mit den viel größeren Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Seither ist die Stimmung in der Union gedrückt, trotz der historischen Erweiterung in diesem Jahr. „Die Verhandlungspartner sind nicht dem europäischen Geist gefolgt“, diagnostiziert Peterle. Statt einer Vision zu folgen, hätten sie nur um ihre nationalen Rechte gekämpft.

Bei der Arbeit im EU-Konvent jedenfalls hat Peterle ganz andere Erfahrungen gemacht. „Es war das erste

Projekt, an dem alle künftigen EU-Staaten beteiligt waren“, sagt der 55-Jährige begeistert. „Die Diskussionen waren intensiv und sehr europäisch. Man konnte anhand der Wortmeldungen nicht sagen, aus welchem Land ein Teilnehmer kam.“ Der Konvent bestand zu zwei Dritteln aus Parlamentariern und nur zu einem Drittel aus Regierungsvertretern. Vielleicht hat auch dieser Umstand die Diskussionen befruchtet. Dabei ging es zu Anfang auch beim Verfassungsprojekt nicht unbedingt europäisch zu. Die Vertreter aus den Beitrittsländern mussten auch im Verfassungskonvent um ihren Platz kämpfen. Erst nach Protesten wurden dort die Sprachen der zehn neuen Mitglieder in den Verhandlungen zugelassen.

Und auch im Präsidium des Konvents konnte Alojz Peterle als einziger Vertreter aus den Beitrittsländern erst nach mühsamen Verhandlungen Platz nehmen. Es war eben auch eine Annäherung unter Fremden. „Die alten EU-Staaten wussten einfach nicht, wie wir reagieren würden, und waren deshalb sehr vorsichtig.“ Doch jetzt hofft er, dass sich die gute Zusammenarbeit im Konvent auch im Parlament fortsetzt und dass die Regierungschefs mit der



Entwicklung der EU.

Verfassung ein Einsehen haben. Als Lösung für die Auseinandersetzung über die Stimmengewichtung empfiehlt Peterle eine Erfahrung aus dem Konvent: „Die Mitgliedstaaten sollten sich überlegen, ob sie jemals etwas Historisches erreicht hätten, wenn sie eine Entscheidung in der EU blockierten.“

MATTHIAS RUMPF

Was macht eigentlich die Zukunft?

Der SPD-Abgeordnete Karsten Schönfeld
denkt bereits über das Jahr 2040 nach.
Hat er nichts Besseres zu tun? Nein.

Das schöne Stück wird den Tag nicht überleben. Karsten Schönfeld wird es am Nachmittag in sechs Teile schneiden und zum Verzehr freigeben. Eine Premiere, denn keiner der Anwesenden weiß, wie so eine Sharonfrucht schmeckt. Sie thront ganz oben auf dem Obstteller im Büro, der, wie man hört, fester Bestandteil eines ganz persönlichen Aufbauprogramms des Abgeordneten ist. Sitzungswochen an sich sind keine gesundheitsfördernde Angelegenheit. Und Vitamine sollen gut gegen Stress sein.

Dieser Tag, an dem im fernen Rheinland um 11.11 Uhr die närrische Zeit beginnt, hat für Karsten Schönfeld um 6.15 Uhr begonnen. Frühstück, Nachrichten hören, ein paar Vorbereitungen für den zu erwartenden Sitzungsmarathon, Fußweg vom Nikolaiviertel in Berlin-Mitte zum Büro im Paul-Löbe-Haus. Kurze Absprache mit dem Mitarbeiter Felix Bruder, der erste Termin beginnt um 9.30 Uhr.

Da kann man noch ein paar Minuten über das Jahr 2040 reden. 2040 wird Karsten Schönfeld 80 Jahre alt sein, ein Rentner, das ist anzunehmen. Muss er sich darüber heute Gedanken machen? „Ja“, sagt er, „darüber müssen wir nachdenken. Rentengerechtigkeit und Rentensicherheit herzustellen geht nicht von heute auf morgen. Ich bin in der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung meiner Fraktion Berichterstatter für dieses Thema. Und es interessiert mich, wie man über die nächsten Jahre hinausdenken und Pläne entwickeln kann.“ Diesem Interesse kommt die Arbeit im Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung entgegen. Viele Termine dieses Dienstagstages werden der Vorbereitung der Ausschussarbeit dienen.

Karsten Schönfeld bindet sich eine Krawatte um. Die passt zum kaffeebraunen Anzug und der Knoten sitzt perfekt.

Die Arbeitsgemeinschaft Gesundheit und Soziales der SPD-Fraktion beginnt fast pünktlich mit der mehr als zweistündigen Beratung. Für zwei Tagesordnungspunkte steht Karsten Schönfeld als Berichterstatter auf dem Plan. Das heißt, er muss für die Anwesenden eine möglichst kurze und verständliche Zusammenfassung des Themas



9.30 Uhr:

AG Gesundheit und Soziales.



und des gegenwärtigen Diskussionsstandes geben und einen Vorschlag unterbreiten, wie mit dem Gesetzentwurf oder Antrag oder Vorhaben weiterverfahren werden sollte. Das tut er, knapp und präzise. Einmal zu einem Antrag der CDU/CSU-Fraktion, in dem es um grüne Gentechnik geht, und einmal zu einem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur Bereinigung von SED-Unrecht. Ansonsten ist er ein konzentrierter Zuhörer, der sich oft Notizen macht und zu Wort meldet, wenn er etwas zu sagen hat. Und wenn man ihn dabei beobachtet, kommt auf sanften Sohlen der Gedanke, der erste Eindruck vom Abgeordneten Schönfeld könnte etwas getäuscht haben. So zurückhaltend, wie man glaubte, ist er nicht, wenn es zur Sache, also ums Thema geht.

Die AG Gesundheit und Soziale Sicherung arbeitet sich von Thema zu Thema. Zwei Ausschusssitzungen werden vorbereitet, die Plenarsitzung der Woche, Termine verhandelt und verkündet, Berichte angehört, Informationen weitergegeben.

Um kurz nach halb eins betritt Karsten Schönfeld das Reichstagsgebäude und hebt mit dem Fahrstuhl ab auf die Fraktionsebene. Hier trifft sich im Raum S 039 das Netzwerk Berlin, eine Gruppe von überwiegend jüngeren SPD-Abgeordneten, die ihre politischen Vorstellungen in die Debatten der Fraktion und der Partei einbringen wollen, zu einem Koordinierungsgespräch. Quer zu den traditionellen Flügeln „Links und Rechts“ will diese Gruppe die Werte der Sozialdemokratie in einen modernen Kontext stellen.



ten Raumes Rufe des Erstaunens oder gespielten Entsetzens. Aber alle, die kommen, finden noch irgendwo einen Platz. Säulen-, Koordinaten- und Tortendiagramme werden betrachtet, Tabellen gelesen, eine Menge Fragen gestellt und Argumente ausgetauscht. Irgendjemand öffnet das Fenster, weil die Luft knapp wird und schließt es nach drei Minuten wieder, weil es zu kalt ist. Keine einfache Sache, die Zukunft – auch wenn sich offensichtlich viele Gedanken über sie machen.

Um 15 Uhr fängt die Fraktionssitzung an. Vor dem Sitzungsraum der CDU/CSU-Fraktion warten die Journalisten, denn hier wird über den möglichen Ausschluss ihres Abgeordneten Martin Hohmann beraten. Vor dem Saal der SPD stehen die Medienvertreter, weil es da um die Ausbildungsplatzabgabe gehen wird. Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP bleiben recht ungeschoren an diesem Tag.

2004 will die Koalition einen Gesetzesentwurf einbringen, um ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zu schaffen. Gegenwärtig bilden nur 30 Prozent aller Unternehmen in Deutschland aus – daran soll sich etwas ändern. Am Ende der Fraktionssitzung, gegen 18 Uhr, votiert die Mehrheit der SPD-Abgeordneten für das Konzept.



13.00 Uhr:
Netzwerk Berlin.

In Vorbereitung der Fraktionssitzung am Nachmittag diskutieren die 13 wirklich jüngeren Abgeordneten über Ausbildungsplätze und Ausbildungsplatzabgabe – ein Thema, das seit Tagen die politischen Gemüter beschäftigt. Die Netzwerker wägen Pro und Contra ab, streiten über die Notwendigkeit gesetzgeberischer Aktivitäten.

Der für Karsten Schönfeld wichtigste Termin des Tages beginnt um 13.30 Uhr im Jakob-Kaiser-Haus, ein Gespräch zum Thema Rentenbesteuerung mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Barbara Hendricks. Hier wird also über die Zeit bis 2040 geredet und der Raum ist überfüllt. Der Beginn verzögert sich, weil Stühle hergeholt werden müssen, damit alle einen Platz haben. Karsten Schönfeld hat im Vorfeld Fragen formuliert, die nun der Reihe nach diskutiert und beantwortet werden. Es geht um nachgelagerte Besteuerung, Stufenpläne, jährliche Entlastungen, volle Abzugsfähigkeit, Schätzwerte, siche-

re Zahlen, demographische Entwicklungen, Prognosen.

Immer wieder öffnet sich die Tür, hört man ob des nun schon überfüll-



Karsten Schönfeld geht vor seinen Abendterminen noch einmal ins Büro. Er stimmt Termine ab, sichtet Einladungen, telefoniert und schneidet die orange Sharonfrucht in sechs Teile.

Um 18.30 Uhr läuft er ins BMW-Konzernbüro Unter den Linden 42. Eine halbe Stunde fast Entspannung, denn der Abgeordnete schaut gern Formel 1, und oben im Veranstaltungsraum rasen die schnellen Wagen einem auf der Leinwand entgegen. Ein Herr Waldeck begrüßt jeden neuen Gast mit Handschlag und freundlichen Worten. Drinnen gibt es, wie so oft bei solchen Veranstaltungen, die Möglichkeit, kurz mit Leuten zu reden, mit denen man sich sonst nur mühevoll terminlich vereinbaren kann, und wenn man will, auch ein Glas Sekt zu trinken. Beim Anblick der Werbespots, in denen tolle Autos von tollen Männern um die Kurven gefahren werden, kann man darüber nachdenken, ob Michael Schumacher 2040 noch die Poleposition haben oder doch von einer langfristigen Rentenpolitik profitieren wird. Wahrscheinlich wird er das eine nicht haben und auch nicht des anderen bedürfen. Aber Schumacher ist ein Einzelfall.

Karsten Schönfeld wird in durchschnittlicher und angemessener Geschwindigkeit zum letzten Termin des Tages in die Hauptstadtrepräsentanz der Deutschen Telekom



18.30 Uhr:
BMW-Veranstaltung.



15.00 Uhr:
Fraktionssitzung.



in der Französischen Straße gefahren. Thema des Abends: „Was gibt Deutschland Europa und der Welt?“ Joschka Fischer diskutiert auf Einladung des Humboldt-Forums Zeitfragen mit dem stellvertretenden Chefredakteur des Magazins „Stern“, Hans-Ulrich Jörges, und Professor Heinrich August Winkler von der Humboldt-Universität in Berlin. Es geht gut zur Sache, also wieder um die Zukunft, diesmal um die Europas und die künftiger Beitrittsländer. Herr Fischer und Herr Jörges sind nur selten einer Meinung, und das Publikum honoriert, dass hier ernsthaft gestritten wird, und auch, dass dies in bester Rhetorik und Streitkultur geschieht.

Karsten Schönfeld kann noch kleine Gespräche am Rande führen, um dann

– mit einer Laugenbrezel und einem Glas Wein – das Ende des Tages zu beschließen. Um halb zehn geht er zu Fuß in seine Wohnung im Nikolaiviertel. Am nächsten Tag beraten die Ausschüsse und beginnen die Plenardebatten.

Ist noch zu sagen, dass die Sharonfrucht wirklich gut geschmeckt, und dass Karsten Schönfeld sie in sechs wirklich gleich große Stücke geschnitten hat. Zu viel Symbolik ist ja auch nicht gut. Aber gerecht teilen kann er, der Abgeordnete.

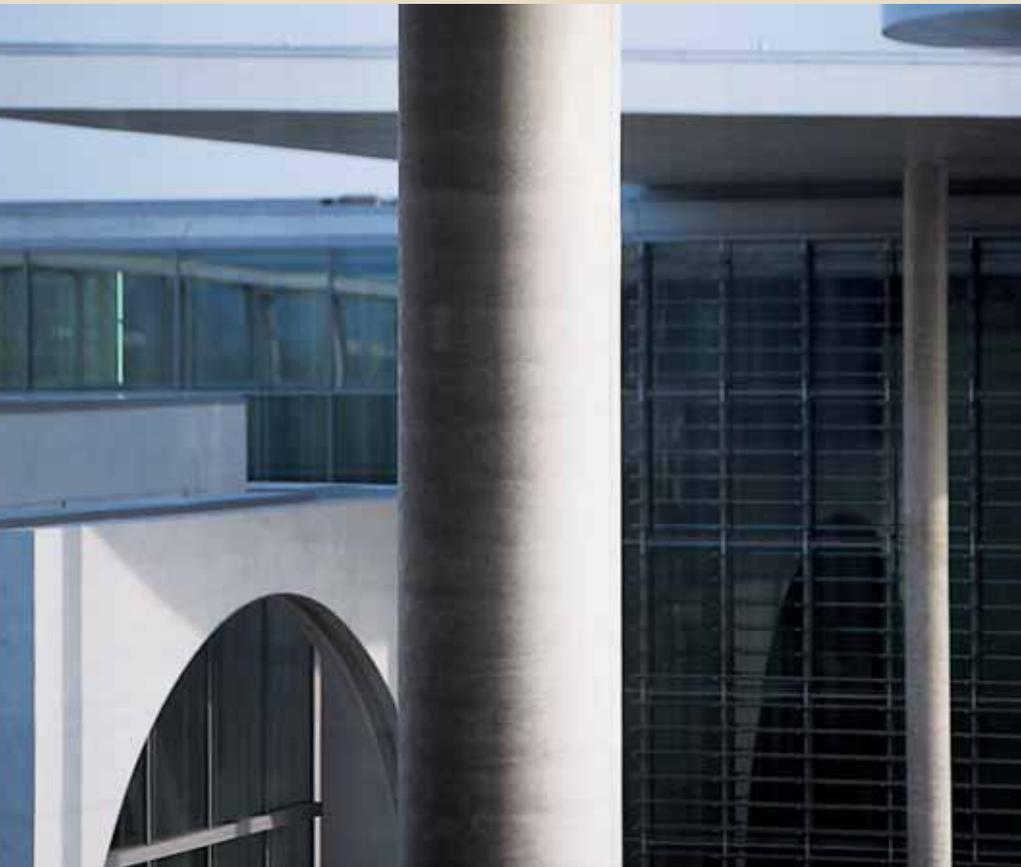
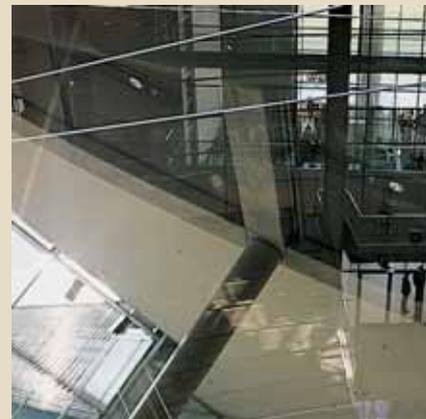
TEXT: KATHRIN GERLOF
FOTOS: STUDIO KOHLMEIER

Säulen, Stützen, Pfosten

Die Dinge brauchen ihren Halt. Das trifft selbst bei **frei schwebenden Konstruktionen** zu, die irgendwo verankert sein müssen. Die Dinge brauchen schon deshalb ihren Halt, damit sie einem nicht auf den Kopf fallen oder auf die Füße.

Pfosten, Stiele, Ständer, Stuhlsäulen, Hängesäulen, Stützglieder – alle bieten Schutz für Kopf und Füße. Die Säule ist als Stütze erfunden worden, nicht als Metapher, obwohl sie auch dafür tauglich scheint: Säulen der Erde, Säulen der Macht, Säulen des Herkules, tragende **Säulen der Demokratie**.

Die Säule ist erfunden worden, weil sich mit ihr gut bauen lässt und weil sie gute Verbindungen schafft. Schöne natürlich auch. Augenweiden geradezu, bei denen man sich fragt, wie es gelungen ist, **Knoten in den Stein** zu bekommen (Knotensäule), eine Schlange darzustellen (Schlangensäule), das Material zu





verschlingen, zu drehen, ihm die Anmutung einer großen steinernen Pflanze zu geben, es zu bündeln (Säulenbündel), mehrgeschossig anzuordnen, eine Galerie daraus zu bauen, einen langen Gang zu rhythmisieren, aus einer einfachen Halle einen Wandelgang zu machen, aus einem Eingang ein Portal.

In den Baukästen aus Kinderzeiten gab es immer zu wenig Säulen. Wir sind sparsam mit ihnen umgegangen. Sie waren das **Highlight der Konstruktion**. Das kann man gut verstehen. TEXT: KATHRIN GERLOF/FOTOS: STUDIO KOHLMEIER

Wann war's – wer war's?



Lesen Sie Michael Cullens Episode aus der Geschichte des Reichstagsgebäudes, beantworten Sie seine Frage und gewinnen Sie eine **Reise nach Berlin**.

Ganovenjagd im Reichstagsgebäude

In den Ruinen des im Krieg stark beschädigten Reichstagsgebäudes endete 1952 eine fürs Kino inszenierte spektakuläre Ganovenjagd. Zwischen Einschusslöchern, kyrillischen Graffiti und Schuttbergen agierten die damals noch weitgehend unbekannten Schauspieler Horst Buchholz, Günter Pfitzmann und Barbara Rütting. „Die Spur



führt nach Berlin“ hieß der Politthriller über einen amerikanischen Rechtsanwalt, der nach dem Zweiten Weltkrieg den Erben eines großen Vermögens sucht und in das Netz einer Geldfälscherbande gerät. Günter Pfitzmann gab in diesem Film als Polizist sein Leinwanddebüt, Horst Buchholz war als Statist zu sehen und Barbara Rütting erhielt für ihre Rolle einer russischen Soldatin kurz darauf den Bundesfilmpreis für die beste Nachwuchsschauspielerin.

Der Produzent Artur Brauner begann Ende 1951 mit den Vorarbeiten. Das Reichstagsgebäude hatte als Drehort seinen Reiz, auch wenn die Filmemacher noch einiges hinzuerfanden. So wurden beispielsweise aus Kellerräumen „Katakomben“, die weit nach Ost-Berlin führten. Tatsächlich gab

es einen kleinen Tunnel für die Heizungsrohre, der vielleicht 150 Meter auf das Ost-Berliner Gebiet führte.

Die Dreharbeiten in der Ruine des Reichstagsgebäudes waren gefährlich. Wegen einer Drehgenehmigung wandte sich Brauner daher an das „Verwaltungsamt für ehemaligen Reichsgrundbesitz“, unter dessen Obhut das Gebäude stand. Prompt kam die Antwort, dass man erst mit der Entrümmung weitermachen müsste. So wurde der Architekt Richard Pardon beauftragt, das Haus hinsichtlich der Drehsicherheit zu untersuchen.

Sein Gutachten war niederschmetternd. Es hieß unter anderem: „Einsturzgefahr besteht ferner für die etwa 60 Meter hohe, in rund 40 Meter Höhe auf dem Umfassungsmauerwerk aufgelagerte, in ihrer Ringverankerung schwer beschädigte Stahlkuppel mit ihrem derzeitigen Gesamtgewicht von rund 300 Tonnen Eisenkonstruktion. Das die Last der Kuppel aufnehmende Umfassungsmauerwerk ist an vielen Stellen zerstört oder schwer beschädigt und hängt mehrfach frei in der Luft.“ Abgesehen davon lagen überall große Steinbrocken herum, Steinquader hingen ungesichert in großer Höhe. Pardons Gutachten führte dazu, dass die stark beschädigte Kuppel am 22. November 1954 wegen Einsturzgefahr demontiert wurde. Die Drehgenehmigung kam dennoch. Allerdings begannen die Dreharbeiten wegen der Entrümmungsarbeiten erst Ende August 1952.

Die Aufnahmen wurden trotz aller Hindernisse erfolgreich abgeschlossen. Für Barbara Rütting begann hier im Reichstagsgebäude wie für Günter Pfitzmann und Horst Buchholz eine viel versprechende Schauspielkarriere. Und gegen Ende ihrer Laufbahn hat Barbara Rütting wieder mit einem Parlament zu tun: Im September 2003 ist sie für die Grünen in den Bayerischen Landtag gewählt worden.

Die Preisfrage lautet: Wer hinterließ die kyrillischen Graffiti im Reichstagsgebäude?

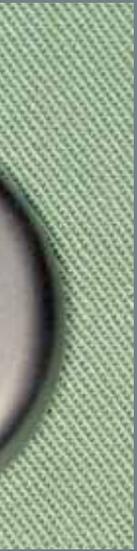
Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. Einsendeschluss: 13. Februar 2004. Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 7/03 lautet: Gustav Stresemann war 1908 der jüngste Reichstagsabgeordnete. Eine Reise nach Berlin hat Haimo Baldamus aus Untersiemau gewonnen.



Enquete-Kommissionen

- Denkfabriken des Parlaments 18
- Blick über den Tellerrand 20
- Chancen und Grenzen medizinischer Forschung 24
- Inhalte für die öffentliche Diskussion 26
- Die Kunst der Kulturförderung 28
- Eine Lobby für die Kultur 30
- Infos 32





Enquete-Kommissionen

Denkfabriken des Parlaments

Ihre Namen sind umständlich. Aber sie werden immer wichtiger, und manchmal sind sie richtig spannend: die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages. Ihr Auftrag: Mögliche Antworten auf komplizierte, quälende, herausragende, schicksalhafte Fragen der Nation zu finden.





(1) Der Begriff „Enquete“

Im Französischen ist die „Enquete“ eine Untersuchung, Erhebung, Umfrage, im juristischen Sinne eine Ermittlung. Das Wort stammt von dem lateinischen „inquire“ und steht dort ebenfalls für nachforschen, prüfen, untersuchen. In den ersten Wahlperioden übernahmen solche „Enquete“-Kommissionen die Überprüfung von Skandalen, Missständen und Fehlentwicklungen. Also das, wofür inzwischen eigene Untersuchungsausschüsse beantragt und installiert werden. Mit der kleinen Parlamentsreform von 1969 bekamen die Enquete-Kommissionen ihre heutige Form und Funktion.

(2) Minderheit

Sollte die Minderheit des Parlaments eine Enquete-Kommission beantragen, so spricht man auch nach dem folgenden Mehrheitsbeschluss über die Einsetzung des Gremiums von einer „Minderheiten-Enquete“. Finden sich jedoch mehrere Fraktionen und viele Abgeordnete zu einem solchen Antrag zusammen, die allein bereits die Mehrheit darstellen, wird das danach konstituierte Gremium „Mehrheits-Enquete“ genannt.

Blick über den Tellerrand

Mit seinen Enquete-Kommissionen will das Parlament immer wieder über den Tellerrand der Tagespolitik hinausschauen, sich ein Bild davon machen, wie die Dinge zusammenhängen, wie sie sich entwickelt haben, was zu erwarten ist und wie sich die Herausforderungen wohl am besten meistern lassen, damit die Entscheidungen optimal vorbereitet sind.

Im Rückblick wird schnell klar, welche Bedeutung die Arbeit der **Enquete-Kommissionen (1)** für die Zukunft jeder Generation bekommen kann. Wenn die Gleichberechtigung in dieser Gesellschaft weit vorangekommen ist, dann war der Weg auch vorgezeichnet in den Kommissionen, die sich in den siebziger Jahren den Aspekten von „Frau und Gesellschaft“ annahmen. Um die „zukünftige Kernenergiepolitik“ ging es in den achtziger Jahren, um die „Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung“ an der Schwelle zu den neunziger Jahren. Und was mit zahlreichen Reformanstrengungen die Menschen zu Beginn des neuen Jahrtausends bewegt, war vorzuempfinden in den Enquete-Kommissionen der neunziger Jahre unter der Bezeichnung „demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft“.

Natürlich zeichnen Enquete-Kommissionen keine 1:1-Baupläne. Aber sie belassen es auch nicht bei der Fakten- und Informationssammlung, die natürlich als vornehmste Pflicht stets am Anfang ihrer Arbeit steht. Sie analysieren dann aber auch die Daten, Beschreibungen, Statistiken, Theorien und Hypothesen im Detail, vergleichen sie, ziehen Gutachten und weitere Stellungnahmen hinzu und fassen ihre oft tief gründenden Erkenntnisse in einer Drucksache an das Plenum des Bundestages zusammen. Wo schlicht „Bericht“ draufsteht, sind oft wertvolle Erfahrungen drin. Und das verläuft ganz anders, als es bei den ständigen Fachausschüssen geschieht. Dort arbeiten sich die Abgeordneten in die Materie ein, befragen Experten in Anhörungen und ziehen daraus ihre Schlüsse. Bei den Enquete-Kommissionen ist der externe Sachverstand nicht nur vorübergehend zu

Enquete-Thema: Technikfolgenabschätzung.

Gast, hier ist er ins Parlament direkt integriert. Denn in der Regel bestehen diese Gremien nur zur Hälfte aus Abgeordneten, die andere Hälfte machen dann Fachkundige aus Wissenschaft und Praxis aus, die mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Parlamentarier die Arbeit der Kommissionen voranbringen.

Am Anfang steht ein Antrag

Am Anfang dieser Arbeit steht immer ein Antrag. Dieser kann von einem Viertel der Mitglieder des Bundestages gestellt werden. Danach ist zwar für die Einsetzung der Kommission immer noch ein Beschluss des gesamten Bundestages erforderlich – doch dieses Minderheitenrecht kann auch die Mehrheit nicht mehr beschneiden, sofern es sich bei dem verlangten Thema um einen sowohl umfangreichen als auch bedeutsamen Sachkomplex handelt. Die Möglichkeit zur Enquete-Kreation ist also ein echtes **Minderheitenrecht (2)**. In der Regel reicht jedoch das Interesse an der näheren Untersuchung eines wichtigen Themas weit über das mindestens geforderte Viertel aller Abgeordneten hinaus.

Die Entscheidung, wer als Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender Verantwortung für das Vorankommen des Gremiums übernimmt, wird analog der Bestimmung der Vorsitzenden in den ständigen Ausschüs-

sen getroffen – also nach den Kräfteverhältnissen der Fraktionen. Die stärkste hat den ersten Zugriff, die zweitstärkste den zweiten. Auch die kleineren Fraktionen haben danach grundsätzlich Anspruch, einmal den Vorsitz einer Enquete-Kommission zu stellen. Doch bis sie entsprechend ihrer Größe an der Reihe wären, müssten mehr Enquete-Kommissionen gebildet werden, als es bislang üblich war. Deshalb erhalten faktisch SPD und CDU/CSU abwechselnd den Vorsitz der in einer Wahlperiode gebildeten Kommissionen.

Wie kommen die Mitglieder in die Enquete-Kommission? Die Abgeordneten werden von ihren **Fraktionen (3)** entsandt, also nicht vom **Plenum (4)** hineingewählt. Das bedeutet, dass die Fraktionen während der Kommissionsarbeit unkompliziert ihre Vertreter wechseln können. Nach der Geschäftsordnung des Bundestages entsendet jede Fraktion grundsätzlich einen Vertreter. Doch können es nach Beschluss des Parlaments auch mehrere sein. So hat sich die Gewohnheit herausgebildet, die Zusammensetzung in Anlehnung an das Stärkeverhältnis der Fraktionen vorzunehmen. Spiegelbildlich dazu werden auch die externen Sachverständigen benannt. Nach dieser Praxis sucht jede Fraktion genauso viele Experten aus, wie sie an Abgeordneten in das Gremium schickt. Die Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ etwa wird gebildet aus 26 Mitgliedern – die SPD benennt sechs

Enquete-Thema: Demografie.



(3) Fraktionen

Sie sind nach dem Ursprung des Wortes „Fraktur“ (Bruch) sozusagen Bruchteile. Und zwar sowohl Teile des Bundestages als auch Teile von Parteien. Unter Fraktionen wird der Zusammenschluss von Abgeordneten in einem Parlament verstanden, die einer Partei angehören. Zur Bildung einer Fraktion im Bundestag müssen mindestens fünf Prozent der Gesamtmitgliedszahl des Bundestages derselben Partei angehören. Deshalb sind die beiden PDS-Abgeordneten „fraktionslos“. Es können sich aber auch Angehörige zweier Parteien (wie der CDU und der CSU) zusammenfinden, wenn sie „solchen Parteien angehören, die auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen“.

(4) Plenum

Unter einem Plenum wird jeweils die Vollversammlung aller Mitglieder eines Gremiums verstanden. Dieses kann sich zwar in verschiedene Arbeitsgruppen und Ausschüsse aufteilen, um Fachfragen gezielt und intensiv beraten zu lassen. Entscheidungen für das Ganze werden jedoch von den Untergremien selten gefällt werden können. Im Bundestag bezeichnet das Plenum die Vollversammlung aller Abgeordneten. Plenarsitzungen sind Zusammenkünfte von potenziell allen Mitgliedern des Bundestages, sie finden grundsätzlich im Plenarsaal des Bundestages statt.

(5) Hearings

In den Hearings (Anhörungen) setzen sich die Kommissionsmitglieder mit Wissenschaftlern, Praktikern und Verbandsvertretern zusammen. Auch dieser Kreis wird eingeladen auf der Grundlage von Vorschlägen der einzelnen Fraktionen, damit auch möglichst viele Ansichten vertreten sind. Die Gäste können schriftliche Stellungnahmen zu Protokoll geben, sie werden aber in jedem Fall in mehreren Fragerunden von den Kommissionsmitgliedern nach ihren Erfahrungen und Einschätzungen befragt. Diese Anhörungen sind zumeist öffentlich und bilden auch für Laien eine ideale Möglichkeit, sich in relativ kurzer Zeit ein ausgewogenes Bild von den Hintergründen aktueller Probleme und möglicher Lösungsansätze zu machen.



Enquete-Thema: SED-Diktatur.

Abgeordnete und fünf Sachverständige, die CDU/CSU fünf Abgeordnete und fünf Sachverständige, Bündnis 90/Die Grünen einen Abgeordneten und zwei Sachverständige und die FDP jeweils einen.

Externer Sachverstand

Damit ist der Sachverstand nicht erschöpft. Die Experten sind auf ihrem Fachgebiet zwar zumeist ausgewiesene Fachleute. Doch wenn es um die breite Informationsgewinnung geht, lassen sich die Enquete-Kommissionen zusätzlich unterstützen von einschlägigen Institutionen, Verbänden und Forschungseinrichtungen, von den Fachabteilungen der zuständigen Ministerien, die zu Teilen des Untersuchungsgegenstandes vielleicht bereits eigene Berichte zusammengestellt haben, von internationalen Organisationen und natürlich vom Sachverstand der Bundestagsverwaltung. Jede Enquete-Kommission wird unterstützt von einem eigenen Sekretariat, in dem auch wissenschaftlich vorgebildete Fachkräfte mitarbeiten. Zu einzelnen Fragestellungen können die Kommissionen gezielt Gutachten bei weiteren Wissenschaftlern in Auftrag geben. Regelmäßig laden sie auch zu Anhörungen ein, um die Erkenntnisse vertiefen und im Disput verschiedener Ansichten überprüfen zu können.

Über solche öffentlichen **Hearings (5)** ermöglichen die Enquete-Kommissionen auch die ständige Begleitung sowohl durch das allgemein interessierte Publikum als auch durch die Fachöffentlichkeit. Bei brisanten Fragen und bei Fragen, die viele bewegen stellen sich Kommissionsmitglieder auch den Diskussionsbeiträgen der Bürger, etwa in Online-Konferenzen im Internet. Dokumente werden regelmäßig eingestellt, öffentliche Sitzungen auch über www.bundestag.de im Netz übertragen.

Heraus kommen bei diesem Vorgehen regelmäßig Materialsammlungen, die ganze Büroräume füllen. Eine dreistellige Zahl von Aktenordnern mit einer vierstelligen Zahl einzelner Blätter durcharbeiten – das gehört inzwischen zum gewöhnlichen Pensum für jedes Kommissionsmitglied. Was auf Laien abschreckend wirken mag, ist für die wissenschaftliche Praxis kein Hindernis. Im Gegenteil. Meistens sind trotz der damit verbundenen jahrelangen Verpflichtungen spontan deutlich mehr Forscherinnen und Forscher bereit, in einer Enquete-Kommission mitzuarbeiten, als Plätze für Sachverständige zur Verfügung stehen. Enquete – das hat in der deut-

schon Wissenschaft einen guten Klang. Denn durch das intensive Zusammentragen aller aktuell verfügbaren Erkenntnisse und deren zielgerichtete Auswertung bringen diese Gremien die Forschung selbst mit voran – verknüpft mit besonders attraktiven Praxisbezügen. Die in den Kommissionsberichten aufgezeigten Handlungsoptionen richten sich nicht nur an die Politik. Sie finden auch in der Wissenschaft starke Beachtung.

Gerade bei komplexen und aus verschiedenen Schwerpunkten bestehenden Themen arbeiten die Enquete-Kommissionen schon längst nicht mehr nur auf einen Schlussbericht hin, der stets so rechtzeitig vor dem Ende einer Wahlperiode abgeliefert werden muss, dass er vom Bundestag noch debattiert werden kann. Vielmehr erwarten die ständigen Ausschüsse und das Plenum schon während des laufenden politischen Geschäftes Zwischenberichte zu einzelnen Fachgebieten, die dann schon in die aktuelle Entscheidungsfindung einfließen. Und mehrfach sind die „umfangreichen und bedeutsamen Sachkomplexe“ derart im Fluss, umfangreich und bedeutsam, dass der neu gewählte Bundestag gleich eine weitere Enquete zum selben Thema einberuft. Die parlamentseigenen Denkfabriken sind gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umwälzungen mit großem Reformbedarf zum herausragend wichtigen Instrument der Entscheidungsvorbereitung geworden.

GREGOR MAYNTZ



Enquete-Thema: Moderne Medizin.

Die bisherigen Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages

6. Wahlperiode (1969 bis 1972)

„Auswärtige Kulturpolitik“
„Fragen der Verfassungsreform“

7. Wahlperiode (1972 bis 1976)

„Auswärtige Kulturpolitik“
„Verfassungsreform“
„Frau und Gesellschaft“

8. Wahlperiode (1976 bis 1980)

„Frau und Gesellschaft“
„Zukünftige Kernenergiepolitik“

9. Wahlperiode (1980 bis 1983)

„Neue Informations- und Kommunikationstechniken“
„Jugendprotest im demokratischen Staat“
„Zukünftige Kernenergiepolitik“

10. Wahlperiode (1983 bis 1987)

„Chancen und Risiken der Gentechnologie“
„Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“

11. Wahlperiode (1987 bis 1990)

„Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung“
„Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“
„Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“
„Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“
„Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“

12. Wahlperiode (1990 bis 1994)

„Schutz der Erdatmosphäre“
„Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“
„Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“
„Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“

13. Wahlperiode (1994 bis 1998)

„Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“
„Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“
„Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“
„Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“
„So genannte Sekten und Psychogruppen“

14. Wahlperiode (1998 bis 2002)

„Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“
„Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“
„Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“
„Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“
„Ethik und Recht der modernen Medizin“

15. Wahlperiode (seit 2002)

„Ethik und Recht der modernen Medizin“
„Kultur in Deutschland“



Ethik und Recht der modernen Medizin

Chancen und Grenzen medizinischer Forschung

Das Wissen der Menschheit vermehrt sich immer schneller. Auch ihre Fähigkeiten nehmen rasant zu. Seit Jahrhunderten lässt sie Mikroorganismen für sich arbeiten, um etwa Bier, Wein oder Käse zu erhalten. Werden sie bald Arme, Ohren und Augen entstehen lassen, weil die Forscher das Erbgut zu „lesen“ gelernt haben und es gezielt verändern können? Werden bislang unheilbare Krankheiten schon bald mit Hilfe der Gentechnik behandelt, ganz gleich, ob es um organische oder seelische Störungen geht?



Diese perspektivischen Fragen zu stellen, bedeutet zugleich, eine doppelte Dimension in den Blick zu nehmen: Schier grenzenlose Hoffnungen bei Millionen Menschen eröffnen weltweit Geschäftsaussichten im Umfang von Milliarden Euro. Grenzenlose Eingriffe in das Erbgut eröffnen jedoch auch Schrecken über apokalyptische Manipulationsmöglichkeiten des Lebens selbst. Steht am Ende der künstliche Mensch? Dass dem Klonrschaf „Dolly“ inzwischen das erste geklonte Baby gefolgt sein soll, zeigt trotz aller Zweifel am Wahrheitsgehalt dieser Behauptung, dass Politik und Gesellschaft nicht irgendwann, sondern jetzt gefordert sind.

Der weltweite Bio-Tech-Boom verläuft regional mit höchst unterschiedlicher Dynamik. Die Deutsche Industrievereinigung **Biotechnologie (1)** sieht das Gründungsfieber früherer Jahre verflogen, verweist auf schrumpfende Umsätze, sinkende Forschungsausgaben, ins Ausland abwandernde Fachleute. Der dahinter stehende Vorwurf: Zu starke Bedenken, gesetzliche Einschränkungen gar, könnten Deutschland von dem Wachstumsmarkt der Zukunft abkoppeln, die Wertschöpfung ins Ausland verlagern, obwohl die Vorteile der neu entstehenden Produkte als Macht des Faktischen theoretische Vorbehalte unaufhaltsam zurückdrängen wür-

den. Auf dem Weg zum neuen Segen für die Menschheit fallen jedoch auch Misserfolge ins Auge, die durch zusätzliche Erkrankungen behandelter Menschen die potenziell extrem schwierige Beherrschbarkeit der Technik unterstreichen. Dieses Dilemma ruft einen Begriff und eine überwältigende Frage auf den Plan: Was ist **ethisch (2)** verantwortbar?

Damit sind die Probleme allgemeingültiger Grenzziehungen angesprochen, die Frage, wie der Staat seiner Pflicht nachkommt, die Schwachen zu schützen, das fundamentale Recht jedes Einzelnen auf Leben und Würde zu garantieren. Die Problematik wird deutlich an der Befugnis der Polizei zum „finalen Rettungsschuss“: Danach dürfen einzelne Menschen getötet werden, wenn diese das Leben anderer als Geiseln bedrohen und die Rettung dieser anderen Menschen anders nicht möglich ist. Was bedeutet das für die embryonale Grundlagenforschung? Darf entstehendem Leben



Klonschaf „Dolly“.

das Recht auf Verwirklichung dieses Lebens genommen werden, um Voraussetzungen zu schaffen für die Hoffnung, vielen anderen sterbenskranken Menschen das Überleben ermöglichen zu können?

Darf der Staat auf der anderen Seite den Menschen das Recht absprechen, über das Ende ihres Lebens selbst zu bestimmen, etwa wenn es für sie auf Grund schwerer Erkrankungen als das Gegenteil von lebenswert erscheint? Inwieweit darf der Staat Dritten erlauben, den Sterbewilligen ihren Wunsch zu erfüllen? Soll die Gemeinschaft den Einzelnen tatsächlich bei dieser finalen Entscheidung allein lassen, die möglicherweise anders ausfiele, wenn ihm bislang nicht bekannte Optionen, Chancen, Alternativen aufgezeigt würden? Selbst wenn alle diese Fragen zu Gunsten eines Selbstbestimmungsrechtes entschieden würden – was ist dann mit den Menschen, die in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt sind

oder gar nicht mehr in der Lage sind, selbst über ihren Willen zu reflektieren? Geisteskrankheiten machen diesen Prozess schleichend und die Erkennbarkeit schwierig. Und grundsätzliche Probleme ergeben sich auch aus dem unvermittelt eintretenden Zustand von Komapatienten. Welche Behandlung darf der Arzt unter mehreren möglichen, aber wenig Erfolg versprechenden und risikobehafteten wählen? Darf die Grundlagenforschung die Befindlichkeit des Komapatienten zu Untersuchungen und forschenden Eingriffen nutzen, um langfristig ihm oder anderen ähnlich Betroffenen möglicherweise helfen zu können? Wer tritt an die Stelle des nicht einwilligungsfähigen Menschen? Nach welchen Kriterien

wird sein vermuteter Wille ermittelt? Fragen, die den Arzt genauso überfordern wie den nahen Angehörigen. Hilfestellungen der Gemeinschaft und des Gesetzgebers sind hier nicht nur hilfreich, sondern nötig.

Die Medizin kann nicht nur immer mehr, ihre Möglichkeiten bedeuten

gleichzeitig auch, dass die Behandlungen immer teurer werden. Wo noch vor Jahrzehnten die Chiffren „jede ärztliche Kunst war vergebens“ oder „jede ärztliche Hilfe kam zu spät“ die letzte Antwort der Gemeinschaft darstellten, sind heute andere Reaktionen möglich. Das bedeutet jedoch nicht selten den Einsatz gewaltiger finanzieller Mittel. Es versteht sich von selbst, dass die humane Gesellschaft verpflichtet ist, Menschenleben unter Einsatz aller Mittel zu retten. Es ist aber genauso klar, dass die Aufwendung täglich Hunderttausender von Euro für eine unbegrenzte Zahl von Patienten die Möglichkeiten der Gemeinschaft überfordern würde.

Die teilweise erregten und sehr emotionalen Debatten im zurückliegenden Sommer gaben eine Vorahnung, welche schwierige Klärung auf diesem Feld noch bevorsteht: Kann die Gemeinschaft der Krankenversicherten einzelnen Mitgliedern die Fi-

nanzierung eines neuen Hüftgelenkes versagen, wenn diese ein bestimmtes Alter überschritten haben? Hier schimmerte ein verheerender Generationenkonflikt durch.

Jede Antwort auf diese Fülle prekärer Fragen muss auch der Bundestag beantworten. Aber jede Antwort kann nicht isoliert gesehen werden in einer immer enger zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft und angesichts eines deutlichen Armutsgefälles auf der Welt. Wenn Deutschland den Organhandel verbietet – ist das genug angesichts der Not vieler Menschen in der Dritten Welt, die auch wohlhabenden Deutschen eine Transplantation im Ausland ermöglichen? Ethik ist also nicht nur schwierig für die Medizin in Deutschland. Sie macht auch nicht an den Grenzen halt.

(1) Biotechnologie

wird in ihrer Anwendung nach Farben unterschieden: Die „rote“ Biotechnologie bezieht sich auf Medizin und Pharmazie, ermöglicht etwa leichtere, bessere und preiswertere Herstellung von Insulin. Die „grüne“ Biotechnologie widmet sich der Landwirtschaft, Nahrungsmittelherstellung und Tierzucht, erhöht beispielsweise den Widerstand von Pflanzen gegen Schädlingsbefall, verstärkt den Vitamingehalt oder verringert das Allergiepotezial. Die „graue“ Biotechnologie wird in der Produktion und im Umweltschutz eingesetzt, um zum Beispiel verseuchte Böden zu reinigen, den Wirkungsgrad von Rohstoffen zu erhöhen oder schädliche Emissionen einzuschränken.

(2) Ethik

steht im Griechischen für „Sittenlehre“ und bedeutet zunächst die philosophische Auseinandersetzung mit sittlichen Forderungen an den Einzelnen und die Gemeinschaft und die Fragen nach deren Bezugspunkten: auf die Person, auf seine Situation, auf Gut und Böse, auf übermenschliche Autoritäten oder staatliche Befugnisse. Daraus entstehen Forderungen für allgemeine Sittengesetze, die sich auf die praktische Gesetzgebung und Rechtsprechung auswirken.

Inhalte für die öffentliche Diskussion

Die Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ knüpft unmittelbar an die Vorgänger-Enquete „Recht und Ethik der modernen Medizin“ der zurückliegenden Wahlperiode an. Die veränderte Reihenfolge im Namen könnte suggerieren, dass bei der ersten Enquete die gesetzliche Arbeit im Vordergrund stand, während es nun eher um die Ethik gehe. Tendenziell kann dies so gesehen werden. Doch um Ethik ging es auch schon in der ersten Kommission, und Vorschläge für gesetzliche Grenzziehungen werden auch von den **Mitgliedern (1)** der neuen Kommission erwartet. Und das nicht erst durch den abschließenden Bericht, sondern in punktueller Begleitung der aktuellen Gesetzgebung auch schon im Vorfeld – beispielsweise aktuell bei der EU-Zell- und Geweberichtlinie.

Die wesentliche Akzentverschiebung liegt im Fokus der Kommission:

Sterbebegleitung, **Palliativmedizin (4)** oder die Auswahl und Finanzierung medizinischer Leistungen (Allokation). Die Kommission ging zu Beginn ihrer Arbeit den Fragen nach, welche Themen binnen drei Jahren behandelt werden können, die gesellschaftlich relevant sind, wo es Diskussions- und Handlungsbedarf gibt. Herausgekommen sind fünf Themengruppen, in denen sich Abgeordnete und Experten in wechselnder Zusammensetzung insbesondere beschäftigen mit:

- „Allokation“,
- „Biolwissenschaften“,
- „Ethik in der Forschung“,
- „Menschenwürdig leben bis zuletzt“,
- „Transplantationsmedizin“.

Die Debatte zur Einsetzung dieser Enquete-Kommission verband der Bun-



in der zweiten nicht aus dem Blick verloren werden sollen. Insofern sieht sich die neue Kommission auch in der Rolle einer Beobachterin, die den weiteren Gang verfolgt. In einer Anhörung zur Stammzellforschung ließen sich die Mitglieder inzwischen



René Rösper (SPD),
Vorsitzender der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“.
rene.roespel@bundestag.de
www.roespel.de

Es ist eine spannende Arbeit, weil die Meinungsbildung über Fraktionsgrenzen hinweg stattfindet. Wir wollen versuchen, schwierige naturwissenschaftliche und ethische Fragen für die Abgeordneten so herunterzubrechen, dass wir Entscheidungspfade anbieten können. Das ist dem Thema Ethik und Recht in der Medizin angemessen. Wenn wir im Frühjahr 2006 dem Bundestag Empfehlungen geben können – vielleicht konsensual, in einigen Punkten sicherlich strittig, wie das nun mal so ist in ethischen Fragen –, dann haben wir eine gute Arbeit verrichtet.

Während die erste Kommission vor allem den Beginn des Lebens betrachtete und sich intensiv um **Stammzellen (2)** und **Präimplantationsdiagnostik (3)** gekümmert hatte, geht es nun insbesondere um die letzte Phase des Menschen, also etwa um

den Bundestag mit Beratungen über ein weltweites Klonverbot. Damit sollte Deutschlands Haltung für die internationalen Verhandlungen klar gemacht werden. Schon aus dieser Verknüpfung ging hervor, dass die Schwerpunkte der ersten Kommission auch

die neuesten Erkenntnisse auf diesem Feld vorstellen. René Rösper: „Wir halten das im Auge, damit uns nichts verloren geht.“

Eine weitere Anhörung drehte sich um die Forschung an nicht einwilligungsfähigen Menschen, und für den



Menschenwürdig leben – bis zuletzt.

den Einzelnen an. Dass über das Herangehen unterschiedliche Auffassungen bestehen, kam auch im Antrag zur Einsetzung der Kommission zum Ausdruck: SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen formulierten ihn gemeinsam, also ohne die FDP, die die Chancen und Risiken auf diesem Feld „offen und tabulos“ behandeln will.

Das Gremium könnte nach den Erwartungen des Bundestages in seiner Wirkung nach außen durch seine öffentlichen Sitzungen und jederzeit im Internet nachzulesenden Erkenntnisse auch dazu beitragen, die öffentliche Auseinandersetzung inhaltlich zu qualifizieren und das Wissen um die Hintergründe zu vertiefen. Der Bundestag richtet sich insbesondere darauf ein, mit Hilfe der Enquete Grenzen zu definieren, die sich aus dem Verfassungsgebot zur unbedingten Wahrung der Menschenwürde und Grundrechte für die medizinische Forschung, Diagnostik und Therapie ergeben. Während der Aussprache im Plenum wies die Abgeordnete Christa Nickels (Bündnis 90/Die Grünen) darauf hin, wie wichtig die Beschäftigung mit der zumeist verdrängten Sterbephase ist: „Täuschen wir uns nicht! Das ist keine rein ethisch-moralische Frage.“ Sie werde das Parlament noch oft, etwa in vielen einzelnen Punkten der Gesundheitsreform, einholen. Nickels sagte voraus: „Ohne klare Grundsätze werden wir als Gesellschaft diese Debatte nicht unbeschadet überstehen.“

März ist ein Hearing zur Organspende und zum Handel mit Organen vorgesehen. Angesichts der mehr oder weniger willkürlichen Kriterien bei der Auswahl medizinischer Leistungen wird für die Kommission eine intensive Betrachtung der Verhältnisse im Ausland ebenfalls interessant sein: Gibt es dort Vorarbeiten, die auch für den deutschen Gesetzgeber als Leit-schnur dienen können?

Es zeichnet sich ab, dass die Arbeit der Kommission wieder von intensiven öffentlichen Diskussionen begleitet wird. Die Gesundheit in menschlichen Extremsituationen geht schließlich je-

Einsetzung der Enquete-Kommission.



(1) Mitglieder

sind für die SPD neben René Röspel, Sabine Bätzing, Hilde Mattheis, Carola Reimann, Christoph Strässer und Wolfgang Wodarg, für die CDU/CSU Hubert Hüppe, Julia Klöckner, Barbara Lanzinger, Thomas Rachel und Andrea Astrid Voßhoff, für Bündnis 90/Die Grünen Christa Nickels und für die FDP Michael Kauch. Sachverständige: Marion Albers (Recht- und Ethik-Dozentin), Rainer Beckmann (Richter), Prof. Bärbel Friedrich (Mikrobiologie), Prof. Linus Geisler (ehemaliger Chefarzt), Sigrid Graumann (Institut „Mensch-Ethik-Wissenschaft“), Prof. Wilfried Härle (Systematische Theologie/Ethik), Prof. Eberhard Klaschik (Palliativmedizin), Prof. Reinhard Merkel (Strafrecht), Prof. Dietmar Mieth (Theologie/Ethik), Prof. Heiner Raspe (Sozialmedizin), Prof. Johannes Reiter (Moraltheologie), Ulrike Riedel (Staatssekretärin a. D., Rechtsanwältin für Medizinrecht) und Michael Wunder (Psychotherapeut).

(2) Stammzellen

Das sind Zellen, die sich durch Teilung selbst erneuern und in einzelne oder mehrere Zelltypen ausreifen können. Nach ihrer Herkunft unterscheidet man unter anderem embryonale Stammzellen und adulte oder somatische Stammzellen. Ethisch umstritten ist es, embryonale Stammzellen zu gewinnen, weil dabei Embryonen zerstört werden.

(3) Präimplantationsdiagnostik (PID)

Das ist die Untersuchung der künstlich befruchteten Eizelle vor ihrer Einpflanzung in die Gebärmutter. Der Embryo besteht in dieser Phase aus wenigen Zellen, von denen zwei entnommen und auf genetische Defekte untersucht werden. Weil auf diese Weise Embryonen anhand genetischer Eigenschaften selektiert, also ausgesucht werden, ist das Verfahren in Deutschland nicht erlaubt.

(4) Palliativmedizin

Die Bezeichnung leitet sich aus dem lateinischen „pallium“ (Mantel) ab und bedeutet so viel wie „Linderung“. Patienten mit schweren und schwersten Erkrankungen, die nicht mehr geheilt werden können, sollen durch medizinische Abschwächung der Symptome Lebensqualität am Ende des Lebens gewinnen.



Arbeiten von Georg Baselitz.

darf es auch die formschöne Gebrauchs Kunst des engagierten Hobbyisten sein? Die Einordnung wird flexibel sein, wenn es um das schöpferische Kulturpotenzial einer Gesellschaft geht. Das eigentliche Problem beginnt denn auch erst dahinter: Wie sind die Zugangschancen des Einzelnen zur Kultur?

Und damit ist die Sorge um die Zukunft der Kultur am Punkt des kulturellen **Föderalismus (1)** angekommen. Nach dem Verständnis des Grundgesetzes ist eine nationale Kultur die Ausnahme, regionale Kultur die Regel. Das ergibt sich aus der Entwicklung Deutschlands, zu dem sich viele einzelne Herzog- und Fürstentümer, Bistümer und Königreiche zusammenfanden – eine staatliche Gesamtkomposition aus einer Fülle kulturell eigenständiger Regionen. Die Vielfalt ist immer als kultureller Reichtum empfunden worden. Daraus erwuchs in der Organisation der Zuständigkeit die „Kulturhoheit der Länder“. Der Bund war traditionell beschränkt auf die Förderung einzelner Projekte, die er wegen ihrer nationalen Bedeutung auch in einzelnen Regionen für wichtig hielt. Ansonsten hatten die Länder allein das Sagen.

Doch die direkte Begegnung zwischen Bürgern und Kultur wird – obwohl von den Ländern ebenfalls gefördert – vor allem in den Städten und Gemeinden ermöglicht. Geht es der Gemeinde wirtschaftlich gut, können die Einwohner mit einer Fülle an kommunalen Angeboten rechnen. Doch Steuereinnahmen schwanken, und so ist jeder Gemeinderat gut beraten, mit zurückhaltender Skepsis zu überlegen, ob sich die Kommune die langfristigen laufenden Folgekosten erlauben kann, wenn sie etwa ein Museum, eine Musikschule oder gar ein Theater ins Leben ruft.

Die Schwierigkeit an der Kulturförderung „vor Ort“ besteht in ihrer Freiwilligkeit. Kultur ist keine Pflichtaufgabe der Städte und Gemeinden. Wenn Geld übrig bleibt, kann es in die Kunstförderung fließen, wenn kein Geld übrig bleibt, wenn gar der **Ausgleichsstock (2)** droht, weist die Kommunalaufsicht die betroffenen Städte und Gemeinden an, ihre

Kultur in Deutschland

Die Kunst der Kulturförderung

Deutschland ist ein Land mit hohem Kulturpotenzial. Die jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes gehen von mehr als 4.800 Museen mit mehr als 100 Millionen Besuchern im Jahr aus. Weit über 9.000 öffentliche Bibliotheken verfügen über 104 Millionen Bücher und zählen pro Jahr mehr als 200 Millionen Entleihungen. Die öffentlichen Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für Kultur beliefen sich zuletzt auf jährlich knapp 8,3 Milliarden Euro.

Das Land der Dichter und Denker soll ein Kulturproblem haben? Und zwar so gewaltig, dass Spötter voraussagen, als einzige Kultur werde künftig der Kulturbeutel übrig bleiben? Schon die Suche nach Antworten fällt schwer. Es beginnt bereits mit der Frage, welcher Kulturbegriff überhaupt zu Grunde gelegt werden soll. Geht

es mehr in Richtung herausragender hochkultureller Leistungen oder mehr in Richtung der Beherrschung einfachster Kulturtechniken? Wird nur die Operaufführung im grandiosen Rahmen gezählt oder auch das kleine Märchenstück im Kindergarten? Ist es allein die avantgardistische Skulptur des weltberühmten Künstlers oder

freiwilligen Leistungen zusammenzustreichen. Kultur hat so keine Chancen, sich gegen andere Bereiche zu behaupten. Auch den Ländern sind die Hände gebunden, wenn Wirtschaftskrisen die Steuereinnahmen mindern. Schließlich legen die Länderverfassungen fest, dass die Neuverschuldung die Summe der Investitionen nicht übersteigen darf. Das soll verhindern, dass Kredite für Wohltaten ausgegeben werden, von denen die Gemeinschaft auf Dauer nichts hat. Doch auch Investitionen in Bildung und Kultur gelten nicht als Investitionen im Sinne der Verfassungen. Kanal und Straße sind okay, nicht dagegen Bildung und Kultur.

Der Charakter der Kultur als „weiche“ Größe wird jedoch zunehmend angezweifelt. Vor dem Hintergrund, dass es keine Firma dorthin zieht, wo kulturell „der Hund begraben liegt“, dass kein fähiger Mitarbeiter in kulturell trostlose Gegenden gelockt werden kann, bekommt das Kulturangebot zunehmend Bedeutung auch auf der Liste investitionsentscheidender Standortvorteile. Liegt also ein möglicher Ausweg in der Erkenntnis von Bürgerschaft und Wirtschaft, selbst Mitverantwortung für ihr eigenes kulturelles Umfeld zu tragen? Als beispielhaft kann hier das 30.000-Einwohner-Städtchen Kempen am Niederrhein gelten. Mit dem Einsatz von 57.000 Euro an Steuergeldern bezahlt

die Stadt Künstlerhonorare in Höhe von 243.000 Euro. Hochwertige Auftritte bis hin zu den Cellisten der Berliner Philharmoniker ruhen auf drei Säulen: Zu der Organisation durch die Stadt tritt ein 160köpfiger bürger-schaftlicher Verein sowie ein „Förderkreis Kultur und Wirtschaft“, in dem 14 örtliche Unternehmen langfristig Gelder zur Verfügung stellen. Eintrittsgelder und ein breites **Mäzenatentum (3)** garantieren eine Vielzahl kultureller Ereignisse, die sich eine solche Stadt in dieser wirtschaftlichen Situation niemals leisten könnte. Das strahlt innerhalb Kempens weiter aus: So gibt es im örtlichen kommerziellen Kino auch schon ein eigenes Programm-kino-Angebot, weil sich eine entsprechende Privatinitiative gebildet hat.

Doch selbst die Initialzündung der Stadt in die Bürgerschaft und Wirtschaft hinein ist nach dem Eindruck des Kempener Kulturdezernenten Volker Rübo gefährdet, wenn die Gewerbesteuererinnahmen weiter weg-brechen. Die Gemeindesteuerreform müsse die Finanzsituation der Städte auf kräftigere Füße stellen, damit die Kommunen so viel Luft zum Atmen bekämen, dass auch Kultur leben könne. „Sonst ist die Kultur für immer mehr Städte nicht mehr zu leisten.“ So hat die kulturelle Perspektive im Land der Dichter und Denker viel mit der Finanzperspektive seiner Städte und Gemeinden zu tun.

Pina Bauschs „Das Frühlingsopfer“.



(1) Föderalismus

Das Wort stammt vom lateinischen „foedus“, steht wörtlich für „Vertrag“ oder „Bündnis“ und von der politischen Idee her für einen Bundesstaat, dessen einzelnen Gliedstaaten große Selbstständigkeit eingeräumt wird. Damit einher geht die Idee der Subsidiarität, wonach von der nächst höheren Ebene nur die Aufgaben erfüllt werden sollen, die von der niedrigeren nicht oder nicht so gut wahrgenommen werden können. Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ist die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im Grundgesetz genau definiert.

(2) Ausgleichsstock

Es handelt sich dabei um Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich, die einzelne Kommunen in die Lage versetzen sollen, ihre Aufgaben weiterhin zu erfüllen, auch wenn die Einnahmen zur Finanzierung der Ausgaben nicht mehr ausreichen. Voraussetzung ist die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, das von der Kommunalaufsicht genehmigt werden muss. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn durch die in dem Konzept vorgesehenen Einschnitte aller Voraussicht nach binnen vier Jahren ein ausgeglichener Haushalt wiederhergestellt werden kann. Zu diesem Zweck müssen in erster Linie alle freiwilligen Ausgaben der betroffenen Städte und Gemeinden auf den Prüfstand.

(3) Mäzenatentum

Der Mäzen wird benannt nach Gajus Cilnius Maecenas, einem vermögenden römischen Diplomaten aus dem 1. Jahrhundert vor Christus, der ein großzügiger Förderer der Dichter seiner Zeit war. Ein Mäzen ist danach ein Kunstgönner, dessen finanzielle, materielle oder ideelle Unterstützung sich nicht unmittelbar auch zu seinen eigenen Gunsten auswirkt, sondern allenfalls sein persönliches Ansehen erhöht. Davon unterschieden wird das Sponsoring, das sowohl dem Förderer wie dem Geförderten zum direkten Nutzen sein soll.

Eine Lobby für die Kultur

Durch die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ will sich der Bundestag auf der einen Seite ein aktuelles Bild davon machen, was „Kultur in Deutschland“ heute überhaupt ausmacht. Denn verbesserte Rahmenbedingungen kann der Bund nur schaffen, wenn er über brauchbares Basismaterial verfügt. Die letzte einschlägige Untersuchung über die wirtschaftliche und soziale Lage der künstlerischen Berufe liegt aber bereits 29 Jahre zurück. Auf der Grundlage einer nun erst zu erstellenden umfangreichen Daten- und Faktensammlung erhofft sich das Parlament Empfehlungen, mit denen die Kulturlandschaft geschützt, ausgestaltet und die Situation der Künstlerinnen und Künstler verbessert werden kann. Möglicherweise muss das auf ein administratives oder gesetzgeberisches Handeln hinauslaufen, wofür die Kommission ebenfalls Vorschläge entwickeln soll.



Gitta Connemann (CDU/CSU),
Vorsitzende der Enquete-Kommission
„Kultur in Deutschland“.
gitta.connemann@bundestag.de
www.gitta-connemann.de

Wir wollen in unserer Arbeit ein ständiges Leuchtsignal für diesen manchmal vernachlässigten Bereich geben, eine Lobby für Kultur schaffen. Der Kulturbereich befindet sich heute mehr in der Defensive als in der Offensive. Vielleicht können wir dazu beitragen, dass er nicht mehr als Randgebiet für einige wenige oder als Luxusgut empfunden wird, sondern dass Kultur als wichtig für alle verstanden wird – mit wesentlich größerer Nachhaltigkeit als viele andere politische Handlungen.

Um möglichst zügig zu eventuellen Konsequenzen zu kommen, ist das Arbeitspensum der Kommission so bemessen, dass es binnen zwei Jahren (bis Herbst 2005) erledigt werden kann. Natürlich stellen sich die **Mitglieder (1)** der Kommission nicht



Richard Wagners „Das Rheingold“.

blind und tun so, als stocherten sie in einen kulturellen Nebel hinein. Gezielt gehen sie zum Beispiel den Fragen nach, welches die optimalen Rechtsformen für Kultureinrichtungen sein können, welche Auswirkungen das öffentliche Dienstrecht auf diese Einrichtungen hat und welche Alternativen bestehen. Anknüpfend an die Erkenntnisse der Enquete-Kommission zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ wird ein wesentliches

städtische Galerie zu retten, zeigt dies, dass auch moderne Formen, die wir zum Teil gesetzgeberisch eröffnet haben, greifen und vor Ort einen kulturellen Mehrwert organisieren.“

Nachdem sich die Kommission in einer Klausurtagung ein Arbeitsprogramm gegeben hat, sind inzwischen auch drei Unterarbeitsgruppen gebildet worden, die den drei Hauptschwerpunkten intensiv nachgehen werden:

Augenmerk sicher darauf liegen, wie das private und bürgerschaftliche Engagement auf dem Kultursektor gestärkt werden kann. Dazu der Obmann der SPD-Fraktion Siegmund Ehrmann: „Wenn sich eine Bürgerstiftung bildet, um eine aufgebene

- Die öffentliche und private Förderung von Kunst und Kultur und ihr Strukturwandel.
- Die wirtschaftliche und soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern.
- Kulturlandschaft und Kulturstandort Deutschland und kulturelle Grundversorgung.



Die Kommissionsvorsitzende Gitta Connemann stellt in diesem Zusammenhang gern die Frage, was von der heutigen Generation in hundert Jahren bleibe. Niemand könne heute wissen, welche der heute wirkenden Persönlichkeiten und debattierten Konzepte dann noch im Bewusstsein sind. Auf jeden Fall aber würden die Bauwerke, die Musik, die Theaterstücke, die Kunstwerke dann in der Wahrnehmung der Menschen verankert sein. Und das sowohl in der so genannten Hochkultur wie auch in der breiten Kultur: „So wie dies heute schon Dinge sind, die das Leben lebenswert machen.“ Die aber ganz offensichtlich bedroht sind. So verwies die Abgeordnete Ursula Sowa (Bündnis 90/Die Grünen) darauf, dass am Tag des Einsetzungsbeschlusses

Einsetzung der Enquete-Kommission.



durch den Bundestag in Erfurt die allerletzte Theatervorstellung lief, und somit seitdem die erste deutsche Landeshauptstadt ohne Schauspiel auskommen muss. Für Ehrmann liegt in dieser Krise jedoch vielleicht auch eine Chance. Unter dem Druck der Verhältnisse habe sich die Kooperationsfähigkeit zwischen den Kulturverantwortlichen einzelner Institutionen deutlich verbessert.

Die Vorsitzende lobt das effiziente wie kompetente Miteinander im praktischen Umgang der Kommissionsmitglieder. Ob Arbeitsprogramm oder Schwerpunktbildung, ob Anhörungen oder gutachtliche Aufträge – stets seien die Entscheidungen in den ersten Monaten nahezu einvernehmlich erfolgt. Das habe selbst für die Themen gegolten, die ein Streitpotenzial in sich trügen, wie etwa die **Soziokultur (2)** auf der einen oder die **Vertriebenenkultur (3)** auf der anderen Seite. Fazit der Vorsitzenden: „Es gab lebhaft Diskussionen, dann aber auch die Akzeptanz der Interessen aller Mitglieder.“ Insofern spiegelt sich der von allen Bundestagsfraktionen gemeinsam getragene Antrag und Einsetzungsbeschluss auch in der praktischen Arbeit wider.

In der vorangegangenen Bundestagsdebatte formulierte der CDU-Abgeordnete Günter Nooke als mögliches Ergebnis den Satz, „dass Kultur nicht nur Kernaufgabe, sondern Pflichtaufgabe des Staates“ sei. Bis dahin sei es ein „schwerer, aber auch ein lohnender Weg“. Das Protokoll vermerkt dazu: „Beifall im ganzen Haus.“

(1) Mitglieder

dieser Kommission sind für die CDU/CSU neben Gitta Connemann, Günter Nooke, Matthias Sehling und Christian Freiherr von Stetten, für die SPD Siegmund Ehrmann, Angelika Krüger-Leißner, Horst Kubatschka, Christine Lucyga und Lydia Westrich, für Bündnis 90/Die Grünen Ursula Sowa und für die FDP Hans-Joachim Otto. Die Fraktionen haben sich für folgende Sachverständige als weitere Mitglieder entschieden: Dr. Susanne Binas (Kulturwissenschaftlerin), Helga Boldt (Kulturdezernentin der Stadt Münster), Dr. Gerd Harms (Minister a. D.), Heinz Rudolf Kunze (Musiker und Songschreiber), Dr. Bernhard Freiherr Loeffelholz von Colberg (Kulturkreis der Deutschen Wirtschaft), Dr. Oliver Scheytt (Kulturdezernent Essen, Kulturpolitische Gesellschaft), Prof. Wolfgang Schneider (Institut für Kulturpolitik der Uni Hildesheim), Prof. Thomas Sternberg (Katholische Akademie des Bistums Münster), Dr. Nike Wagner (Weimarer Kunstfest-Intendantin), Dr. Johannes Zehetmair (Staatsminister a. D.), Olaf Zimmermann (Deutscher Kulturrat).

(2) Soziokultur

Sie soll den Menschen über ein Netz von Einrichtungen den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern – quer durch Alter, soziale Schichten oder Nationalitäten. Themen der Gesellschaft und des Alltags gehören zu den Projekten, die auch in selbstorganisierter Gruppenarbeit verwirklicht werden. Das Spektrum ist spartenübergreifend, reicht also von Musik über Theater und Kino bis hin zu Ausstellungen und festlichen Ereignissen.

(3) Vertriebenenkultur

Im Bundesvertriebengesetz ist die Verpflichtung für Bund und Länder festgehalten, das Bewusstsein um das Kulturgut der Vertriebungsgebiete wach zu halten. Nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion sind die Möglichkeiten „bei weitem noch nicht ausgeschöpft“.

Sonderthema Medizin und Kultur

Infos zum Thema

Die **Enquete-Kommissionen** der 15. Wahlperiode stellen sich auf den Internetseiten des Bundestages vor. Sie informieren über ihre Themen und Aufgaben, die Zusammensetzung der Gremien aus Abgeordneten und externen Sachverständigen, über Veranstaltungen, Anhörungen und Debatten.
www.bundestag.de (Gremien)

Enquete-Kommission

„Ethik und Recht der modernen Medizin“

Sekretariat
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 22 73 17 71
Fax: (0 30) 22 73 64 33
E-Mail: enquete.medizin@bundestag.de

Enquete-Kommission

„Kultur in Deutschland“

Sekretariat
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 22 73 77 08
Fax: (0 30) 22 73 67 08
E-Mail: enquete.kultur@bundestag.de

Im Juni 2001 nahm der **Nationale Ethikrat** auf Beschluss der Bundesregierung seine Arbeit auf. In ihm sollen Fachleute aus den Bereichen Naturwissenschaften, Medizin, Theologie und Philosophie, Sozial- und Rechtswissenschaften Stellung nehmen zu ethischen Fragen neuer Entwicklungen auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften sowie zu deren Folgen für Individuum und Gesellschaft. Dem Nationalen Ethikrat gehören bis zu 25 Mitglieder an, die vom Bundeskanzler auf vier Jahre berufen werden.



Geschäftsstelle des Nationalen Ethikrates

Jägerstraße 22/23
10117 Berlin
Tel.: (0 30) 2 03 70-2 42
Fax: (0 30) 2 03 70-2 52
E-Mail: kontakt@ethikrat.org

Neben dem Nationalen Ethikrat gibt es eine Reihe weiterer nationaler und internationaler Gremien, die sich mit ethischen Aspekten der neuen Entwicklungen in den Lebenswissenschaften auseinandersetzen. Informationen dazu finden sich unter:
www.nationalerethikrat.de und www.bundesregierung.de (Themen).

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien trägt die Verantwortung für die Kultur- und Medienpolitik des Bundes. Hierzu gehören neben der Förderung von kulturellen Einrichtungen und Projekten von überregionaler, nationaler Bedeutung die Weiterentwicklung und Modernisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen künstlerischen Schaffens sowie die Sicherung einer freien und pluralistischen Medienlandschaft.



Staatsministerin Christina Weiss

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
Tel.: (0 18 88) 4 00 20 61
Fax: (0 18 88) 4 00 18 08
E-Mail: bkm@bk.bund.de

Wichtige Informationen über Kultur und Medien in Deutschland bietet das Kulturportal im Internet unter www.kulturportal-deutschland.de



In Pressestellen ticken die Uhren ziemlich schnell

Isabella Pfaff, Pressesprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag, mag klare Entscheidungen, kreative Arbeit und interessante Herausforderungen.



Die 15-jährige Franziska schreibt im Internet über ein Ulmer Hilfsprojekt für Nicaragua und die Situation in dem lateinamerikanischen Land. Sie hat gut recherchiert und gibt als wichtige Informationsquelle eine Filmdokumentation mit dem Titel „Nicaragua“ an. Erst nach einem Gespräch mit Isabella Pfaff ist sie sicher, dass die Filmemacherin und die Pressesprecherin der FDP-Fraktion ein und dieselbe Person sind. Da wird man doch neugierig.



Fraktionspressestellen haben viel Ähnlichkeit mit Redaktionen: Wechsel von Hektik zu weniger Hektik, viele sich wiederholende Abläufe, große Mengen eingehender Informationen und rausgehender Meldungen, hohe Ansprüche an Aktualität, Qualität und Gebrauchswert der Informationen, die aus der Pressestelle kommen. Und so wundert es nicht, dass die Leiterin der Pressestelle ihre journalistischen und redaktionellen Erfahrungen nutzt, um die Arbeit effektiv zu gestalten.

Es gibt beispielsweise eine Chefin vom Dienst, kurz CvD genannt. Deren Hauptaufgabe ist es, stets auf dem Laufenden zu sein, was die Nachrichtenlage anbelangt, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen und für die einzelnen Bereiche der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu sortieren. Solche Arbeitsteilung bewährt sich. Wichtig ist für Isabella Pfaff, die seit zweieinhalb Jahren als Pressesprecherin der FDP-Fraktion arbeitet, dass bei der Arbeitsteilung die Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und des einen Mitarbeiters wichtigstes Kriterium sind und dass alle flexibel genug

sind, auch mal die Arbeit der Kollegin zu übernehmen.

Die 39-jährige erweckt schnell den Eindruck von Professionalität. Das liegt an ihrer Art, über Arbeit zu sprechen, an ihrer Körpersprache, die Gelassenheit und Aufmerksamkeit zugleich vermittelt, und natürlich an ihrer beruflichen Biografie. Man gewinnt im Gespräch schnell den Eindruck, dass die Frau jederzeit und mit nur wenigen Minuten Vorbereitung vor das Mikro treten und eine Pressekonferenz leiten kann. Sie strahlt Sicherheit aus.

Was man ihr nicht auf den ersten Blick ansieht, ist eine ausgeprägte Abenteuerlust, die ihr solche Wünsche eingibt, wie zu Pferd durch den Gran Chaco zu reiten oder zu Fuß durch die Wälder des Amazonas zu wandern.

Das hat wohl etwas mit ihrer Zeit als Fernsehreporterin für die ARD zu tun, als sie sich oft mit Berichten und Reportagen aus Krisengebieten meldete. Es liegt sicher auch an ihren Erfahrungen, die sie als Moderatorin einer dreistündigen Livesendung beim Südwestrundfunk sammelte, als die Skripte

immer nur Handreichungen und nie Drehbücher sein konnten. Und dann sind da noch die Erfahrungen aus Studienzeiten, die Isabella Pfaff in Tübingen und Kairo verbrachte.

Es liegt aber vielleicht auch an ihren weit fortgeschrittenen Kenntnissen der Kampfkunst Wing Tsun, die sie gegenwärtig nicht trainieren kann, weil die Zeit fehlt. Nun ist in einer Pressestelle nicht unbedingt Kampfkunst gefragt, aber die Kunst, Kämpfe auszufechten, kann die Dinge voranbringen und deshalb von Vorteil sein.

Eine Chefin, zwei Referentinnen und ein Referent, vier Sachbearbeiterinnen und in der Regel fünf Praktikanten bilden das Team der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kommt ein externer Mitarbeiter, der sich täglich um die Aktualisierung der Website der FDP-Fraktion kümmert. Der einzige Mann im Team ist Isabella Pfaffs Stellvertreter. Er kümmert sich vorwiegend um PR-Angelegenheiten und Werbung, unterstützt von einer Referentin, zu deren Aufgaben auch das Internet gehört.

Eine Pressestelle, auch die einer kleineren Fraktion, produziert viel: Pressemeldungen werden rausgegeben, Pressekonferenzen vorbereitet und durchgeführt, die Homepage ist immer auf dem neuesten Stand zu halten, die Abgeordneten werden über Pressespiegel und andere Informationswege auf dem Laufenden gehalten. Interviewtermine werden vereinbart, Statements eingeholt und an Journalisten weitergegeben, Broschüren und andere Werbematerialien produziert, Konzepte geschrieben, Recherchen gemacht.

Erst kürzlich ist eine grafisch gut aufgemachte und interessant geschriebene Broschüre fertig gestellt worden, auf die man in der Pressestelle sehr stolz ist. Darin werden die FDP-Abgeordneten mit ihren politischen Anliegen, persönlichen und beruflichen Ambitionen vorgestellt. Texte und Fotos unterscheiden sich von vielem, was man sonst auf diesem Gebiet zu lesen bekommt – sie sind sympathisch, das ist wohl das treffendste Wort.

Isabella Pfaff legt großen Wert darauf, dass Arbeit Teamarbeit ist. Jeden Morgen findet eine Redaktionskonferenz statt – auch hier erkennt man die

Journalistin – und zwei Mal am Tag kommen alle noch mal kurz ins „Hauptquartier“, um sich über die aktuelle Lage und die anstehenden Aufgaben zu informieren. So organisiert, bedarf es dann keiner Sitzungsmarathons mehr, um gutes Zusammenspiel hinzubekommen.

„Uns ist“, sagt die 39-Jährige, „noch nie ein wichtiger Termin verloren gegangen, weil hier alle mitdenken. Und wenn die eine mal im Stress was vergessen hat, wird garantiert eine andere wissen und darauf aufmerksam machen, dass es noch zu erledigen ist.“

Als Leiterin der Pressestelle ist Isabella Pfaff, neben der Aufgabe zu leiten, auch für das Büro des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt zuständig. Da gibt es Anfragen und zahlreiche Bitten um Interviews. An manchen Tagen klingelt das Telefon fast ununterbrochen. Überhaupt wird sehr viel telefonisch geklärt und abgewickelt. Journalisten wollen alles immer ganz schnell, eigentlich sofort haben. Redaktionsschlüsse sind zwingend und Nachlässigkeiten nicht erlaubt. Eine Pressesprecherin, die nicht sofort und wie versprochen zurückruft, ist keine gute Pressesprecherin. Verlassen kann sich Isabella Pfaff im Alltagsstress und beim Entwickeln neuer Konzepte und Ideen auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, Jörg van Essen, und dem Fraktionsgeschäftsführer Manfred Eisenbach. Das schafft Sicherheit und hält den Rücken frei.

Als sie sich für die Arbeit bewarb, sagt Isabella Pfaff, sei sie sehr neugierig darauf gewesen, auf die andere Seite zu wechseln, nicht Journalistin zu sein, sondern eine, die Ansprechpartnerin für Medien ist und zudem eine Gruppe – die FDP-Fraktion – in der Öffentlichkeit repräsentieren soll. Ihr Vorteil ist, dass sie gut weiß, was Journalisten erwarten und wollen, dass Schnelligkeit und Seriosität der Informationen zählen und Wiederholungen tödlich sind.

Außerdem fiel die Bewerbung gerade in die Zeit des Wahlkampfes. Wie so etwas läuft, wenn man mittendrin ist und mitarbeitet, das wollte Isabella Pfaff unbedingt wissen. Interessant sind dann auch Wahlkampf und Arbeit wirklich geworden. Die notwendige Routi-



ne hat durch einen guten Anteil an kreativer Arbeit ein ausreichendes Gegengewicht. Verlangte die Arbeit nicht Kreativität, neue Ideen und das Vermögen, dafür dann auch andere zu begeistern, gefiele sie Isabella Pfaff nicht. Arbeit muss Spaß machen und Herausforderung sein. In der Wiederholung kann nicht die Erfüllung liegen. Und auch nicht darin, etwas auf die lange Bank zu schieben. Lange Bänke hasst die Pressesprecherin. Wenn ihr Gefühl sagt, dass jetzt etwas getan werden müsse, dann will sie damit auch beginnen.

Im Büro von Isabella Pfaff hängen an einer Pinnwand zahlreiche Titelseiten aus dem Magazin der „Süddeutschen Zeitung“ – Titel, die Bilder aus der Welt zeigen. An manchen Orten ist Isabella Pfaff schon selbst gewesen. Vielleicht gelingt es ihr in nächster Zeit wirklich mal, mit dem Postschiff durch China zu reisen oder mit einem Landrover durch die Sahara. Um die Seh-Süchte zu stillen und die Abenteuerlust ebenso.

TEXT: KATHRIN GERLOF/FOTOS: STUDIO KOHLMEIER



Forum: Stabilitäts- und Wachstumspakt

Konjunkturbremse oder Garant für den Euro?

Wieder einmal steht der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der die Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten begrenzen und die Stabilität des Euros garantieren soll, zur Diskussion. Gefragt wird, ob in einer Rezession das starre Festhalten an der Haushaltskonsolidierung der richtige Weg ist. BLICKPUNKT BUNDESTAG hat die vier Fraktionen um einen Kommentar gebeten, ob die Regeln des Vertrags zu starr sind und die Konjunktur bremsen.

Begräbnis erster Klasse“ war noch eines der schmeichelhaften Urteile über den Umgang der EU-Finanzminister mit dem Stabilitätspakt im November vergangenen Jahres. Dabei hatten die Minister just auf dieser Sitzung eine feierliche Erklärung über den Bestand des Pakts abgegeben. Doch auf der gleichen Sitzung beschlossen sie gegen den Willen der EU-Kommission, die Defizitverfahren gegen Deutschland und Frankreich vorläufig auszusetzen. Damit wurde klar, dass die eigentlich strengen Regeln des Pakts doch nicht so ernst genommen werden.

Es ist in der Europäischen Union gang und gäbe, dass Regeln neuen Gegebenheiten angepasst werden. Doch gerade beim Stabilitätspakt sollte es anders sein. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, so sein voller Name, sollte EU-Mitgliedstaaten vor allzu hohen Schulden und somit den Euro vor einem Wertverfall schützen. Er

sollte umsetzen, was längst beschlossen war. So hatten die EU-Staaten bereits 1992, als die Währungsunion verabschiedet wurde, Sanktionen im Falle eines übermäßigen Defizits vereinbart. Doch vor allem dem ehemaligen deutschen Finanzminister Theo Waigel war das nicht genug. Mit dem Schlagwort „3 Prozent heißt 3,0“ machte Waigel klar, dass er keine Abweichungen von dem Defizitkriterium hinnehmen wollte.

Deutschland setzte gemeinsam mit den Niederlanden auf dem EU-Gipfel in Amsterdam 1997 das Bekenntnis der Staats- und Regierungschefs zu dem Sanktionsmechanismus durch – gemeinsam mit einem präzisen Zeitplan für die Defizitverfahren und einem Beschluss über die Höhe der Geldstrafen, die fällig werden, falls sich ein Mitgliedstaat nicht an die Vorgaben hält. Um das durchzusetzen sollten auch die Sanktionen für Defizitsünder glaubwürdig sein.

Waren bis dahin lediglich im EU-Vertrag „angemessene Geldstrafen“ als letzte Sanktion festgeschrieben, so wussten die Mitgliedstaaten nun, dass sie im Ernstfall 0,2 bis 0,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts an Strafe zahlen müssten. Aus heutiger Sicht wären das für Deutschland rund zehn Milliarden Euro, also gut ein Drittel dessen, was die Bundesrepublik jährlich zum EU-Haushalt beisteuert.

Die damalige Bundesregierung wollte vor allem die deutsche Öffentlichkeit davon überzeugen, dass der Euro genauso stabil sein würde wie die D-Mark. Doch der Pakt war mehr als ein PR-Manöver. Denn die Währungsunion barg auch ein ökonomisches Problem. Während mit dem Euro die Währungspolitik auf die Europäische Zentralbank (EZB) übergang, blieb die Verantwortung für die Finanzpolitik bei den Mitgliedstaaten. Damit konnte ein Mitgliedstaat durch



Konjunkturerholung nicht gefährden

Joachim Poß, SPD



joachim.poss@bundestag.de
www.joachim-poss.de

Nicht ohne Grund heißt der Pakt Stabilitäts- und Wachstumspakt. Dahinter steht auch der Zusammenhang, dass stabile öffentliche Finanzen ohne ein stetiges wirtschaftliches Wachstum und einen hohen Beschäftigungsgrad nicht erreicht werden können. Nach drei Jahren wirtschaftlicher Stagnation erfährt Deutschland dies zurzeit sehr schmerzhaft.

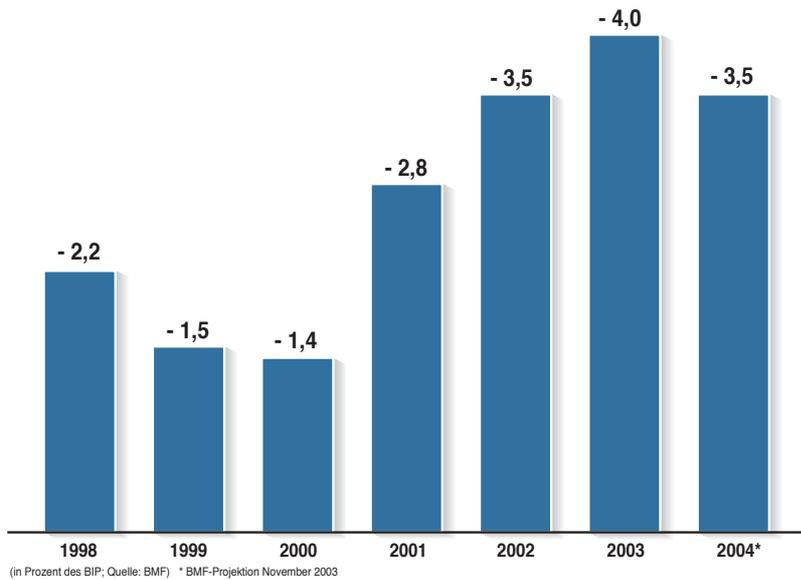
Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt bietet den Mitgliedstaaten genügend Raum zu einer ökonomisch vernünftigen Finanz- und Haushaltspolitik auch in einem lang andauernden konjunkturellen Tief.

Der Ecofin-Rat hat das am 25. November noch einmal deutlich gemacht, indem er zu Recht darauf verzichtet hat, wie die EU-Kommission von Deutschland ein erhebliches Hineinsparen in den beginnenden Aufschwung zu verlangen.

Bereits jetzt sind auf allen staatlichen Ebenen erhebliche Einsparungen für 2004 vorgesehen. Die von der EU-Kommission am 18. November geforderten zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen in Milliardenhöhe würden allerdings mit hoher Wahrscheinlichkeit die Konjunkturerholung in Deutschland gefährden – mit dem Ergebnis, dass das gesamtstaatliche Defizit in Deutschland im nächsten und übernächsten Jahr dann doch über die von der Kommission angestrebten Werte steigen würde.

Die am Ecofin-Beschluss geäußerte Kritik irrt: Am 25. November wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht geschwächt, sondern gestärkt. Von Deutschland wird unvermindert ein stetiger Abbau des strukturellen Defizits und ein schnellstmöglicher Haushaltsausgleich gefordert. Eine Entpflichtung Deutschlands hat es nicht gegeben. Allerdings wurde im Einklang mit dem Regelwerk auf eine konjunkturbremsende Fiskalpolitik verzichtet, weil nur so die vom Pakt vorgeschriebenen Defizit- und Schuldenziele auch erreicht werden können.

Entwicklung des Finanzierungsdefizits in Deutschland



übermäßige Verschuldung die Stabilität der Gemeinschaftswährung in Gefahr bringen und damit allen ande-

ren Euro-Staaten schaden. Alle Teilnehmer an der Währungsunion hätten dann entweder unter einer höhe-

ren Inflationsrate oder höheren Zinsen zu leiden, die die EZB als Gegenmaßnahme ergriffen hätte.

Der Stabilitätspakt sollte somit die Brücke zwischen der zentralisierten Geldpolitik und der weiterhin dezentralen Finanzpolitik bilden. Doch schon als der Pakt geschlossen wurde, gab es Zweifel daran, ob er die erste Belastungsprobe überstehen würde. So wollte Brüssel im Januar 2002 gegenüber Deutschland eine im Grunde folgenlose Ermahnung aussprechen. Doch das verhinderte Bundeskanzler Gerhard Schröder. Spätestens hier wurde klar, dass ein System, in dem die Angeklagten gleichzeitig die Richter sind, nicht unbedingt gerechte Urteile erwarten lässt.

Der erste Mitgliedstaat, gegen den ein Defizitverfahren eröffnet wurde, war Portugal. Die Kommission leitete im September 2002 ein Verfahren ein, weil ihr die Sparanstrengungen



Erheblicher Vertrauensverlust

Michael Meister, CDU/CSU

Mit der Entscheidung des Ecofin-Rats vom 25. November 2003, die Defizitverfahren gegen Frankreich und Deutschland zu stoppen und keine weiteren Sanktionen im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts einzuleiten, wurde einer der wesentlichen Grundpfeiler der europäischen Finanzpolitik niedergerissen und Inhalt und Geist des Vertrags von Maastricht auf das Empfindlichste verletzt.

Als die Währungsunion eingeführt wurde, war es die gemeinsame Überzeugung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages, mit der Einführung des Euros ein Höchstmaß an Währungsstabilität zu gewährleisten. Signal des Stabilitäts- und Wachstumspakts, vor allem auch an die deutsche Bevölkerung, sollte sein: Der Euro wird vom gleichen Geist der Stabilität geprägt sein wie die D-Mark.

Die Art und Weise, wie die rot-grüne Bundesregierung nun mit der Europäischen Kommission als Hüterin des Pakts und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt selbst umgeht, führt zu einem erheblichen Vertrauensverlust in der deutschen Öffentlichkeit. Das Gefühl macht sich breit, dass zwei der großen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung auf Grund nationaler Eigeninteressen unterminiert haben.

Die Argumentation des Bundesfinanzministers, mit welcher er die Entscheidung des Ecofin-Rats zu rechtfertigen versucht, verstößt eklatant gegen den Geist des Vertrages von Maastricht. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister hätte besser daran getan, im Einvernehmen mit der Europäischen Kommission und im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu entscheiden. Leider ist dies nicht geschehen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der Garant für die Budgetdisziplin der europäischen Mitgliedstaaten sein sollte, wurde ausgehebelt. Die EU-Finanzminister „ersparen“ Deutschland und Frankreich weitere Sanktionen.



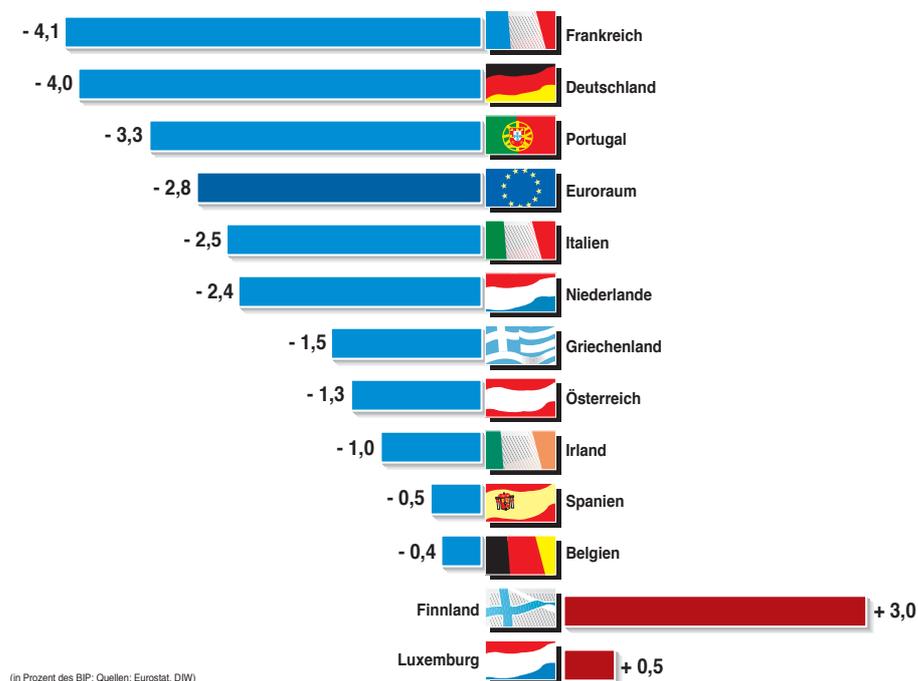
michael.meister@bundestag.de
www.meister-schafft.de

Lissabons zu zaghaft erschienen und die Regierung nicht einmal in der Lage war, verlässliche Zahlen über das Defizit zu liefern.

Mit dem Fall Deutschland stellt sich das Problem nun in ganz anderer Form. Wenn ausgerechnet der Staat, der vor allen anderen den Stabilitäts-pakt wollte, sich über seine Regeln hinwegsetzt, dann ist der Pakt kaum noch ein wirksames Instrument, die Haushalte der Mitgliedstaaten im Zaum zu halten. Dabei ist Deutschland nicht einmal das größte Sorgenkind. Immerhin hat Berlin bis Ende November versucht, die Auflagen aus Brüssel zu erfüllen. Frankreich dagegen hat schon länger die Vorschläge der Kommission zur Haushaltskonsolidierung in den Wind geschlagen.

Auch wenn weitgehend Einigkeit besteht, dass die politischen Auswirkungen des Ekklats vom November fatal sind, die wirtschaftliche Bewer-

Öffentliche Haushaltssalden 2003 in den Euro-Ländern



Stabilitätspakt erhalten

Anna Lührmann, Bündnis 90/Die Grünen

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist die Grundlage für einen stabilen Euro und für eine starke europäische Wirtschaft. Die Euro-Staaten verpflichten sich darin auch nach der Euro-Einführung zu nachhaltiger Haushaltspolitik. Dieses Ziel darf nicht aufgegeben werden. Die Bürgerinnen und Bürger fordern zu Recht solide öffentliche Haushalte, sowohl national als auch europäisch.

Für uns in Deutschland gilt: Die umfassende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nicht nur ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit, sondern zur Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Denn jeder Euro, den wir in den Schuldendienst stecken, fehlt bei Zukunftsinvestitionen wie etwa für Bildung und Forschung. Diese öffentlichen Investitionen muss sich der Staat aber leisten können, denn es handelt sich um die entscheidenden Rahmenbedingungen für private Investitionen, für wirtschaftliches Wachstum und somit für mehr Beschäftigung.

Unter der Voraussetzung des Festhaltens am Ziel der Währungsstabilität haben die Mitgliedstaaten ihre Souveränität über die Geldpolitik abgegeben und sie der Europäischen Zentralbank übertragen. Ihre Haushaltspolitik bestimmen die Mitgliedstaaten aber weiterhin selbst und damit beeinflussen sie langfristig die Währungsstabilität. Deshalb ist es wichtig, dass verbindliche gemeinsame Regeln den Rahmen der tolerierten Neuverschuldung abstecken. Das gebietet die gegenseitige Solidarität und Verantwortung in einem gemeinsamen Währungsraum.



anna.luehrmann@bundestag.de
www.anna-luehrmann.de



Das Gebäude der Europäischen Kommission in Brüssel.

sehr dem Spardiktat unterwirft, kann die Wirtschaft noch stärker in die Rezession treiben, so die Befürchtung. So sei den EU-Staaten vor allem in Boomzeiten die Haushaltskonsolidierung gelungen.

Auch die Kommission hat sich bei der Interpretation des Stabilitätspakts dieses Arguments angenommen. Sie hat es akzeptiert, dass der Staat in einem Abschwung auf Ausgabenkürzungen verzichtet, obwohl die Steuereinnahmen zurückgehen. Diese „automatischen Stabilisatoren“ sollen verhindern, dass der Mitgliedstaat durch Einschnitte in den Haushalt weiter in die Rezession gerät. Allerdings verlangt die Kommission von Deutschland, dass es sein „strukturelles Defizit“ auch in der Abschwungphase reduziert. Gemeint ist der Fehlbetrag, den die deutschen

tion ist differenzierter. Dabei ist unstrittig, dass eine Haushaltskonsolidierung in allen EU-Staaten nötig und wünschenswert ist. Die Diskus-

sion dreht sich darum, ob in einer Rezession das starre Festhalten an der Konsolidierung der richtige Weg ist. Ein Staat, der sich in der Rezession zu



Ökonomisch grundfalsch

Günter Rexrodt, FDP

Der Pakt für Stabilität und Wachstum ist einer der wichtigsten Pfeiler der europäischen Wirtschaftsunion und zugleich der tragende Pfeiler der gemeinsamen europäischen Währung. Er verpflichtet die Mitgliedstaaten, ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik so auszurichten, dass ein ausgeglichener gesamtwirtschaftlicher Haushalt erreicht werden kann. Er lässt Abweichungen zu, aber prinzipiell nur bis drei Prozent. Was darüber hinausgeht, hat eine andere Dimension. Eine Dimension, die konsequente und rasche Maßnahmen zur strukturellen Konsolidierung des Haushalts verlangt. Um diese Konsolidierungspolitik durchzusetzen, war es notwendig, den Pakt mit Sanktionsmechanismen auszustatten, also diejenigen, die den Pakt anhaltend jenseits der Drei-Prozent-Defizitgrenze verletzen, zum Beispiel mit einer Hinterlegung bestimmter Beträge zu bestrafen.

Eben diesen Sanktionsmechanismus stellen die gegenwärtigen Sünder, an der Spitze die Bundesrepublik Deutschland, in Frage. Sie argumentieren scheinbar schlüssig auf der Grundlage des keynesianischen Wirtschaftsmodells: Defizite gibt es bei lahrender Konjunktur, warum dann noch Geld nach Brüssel transportieren? Dies wirke zusätzlich kontraproduktiv; der Pakt müsse also „interpretierbarer“ werden.

Eine solche Position verstößt gegen Buchstaben und Geist des Pakts. Eine solche Haltung ist ökonomisch grundfalsch: Ein Land, das nicht nur lässlich, sondern anhaltend und gravierend Defizite produziert, verspielt Vertrauen und Berechenbarkeit. Es gefährdet mittelfristig die Stabilität der Währung. Die Investoren machen einen Bogen um dieses Land. Die Konsumenten werden verängstigt. Um dies zu verhindern, muss der Pakt so bleiben, wie er ist. Nach Buchstaben und Geist.



guenter.rexrodt@bundestag.de
www.guenter-rexrodt.de

öffentlichen Kassen auch in wirtschaftlichen Normalphasen aufweist.

Allerdings erkennen auch die Befürworter des Pakts an, dass das Drei-Prozent-Kriterium keineswegs das ideale Instrument zur Steuerung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten ist. Dann, wenn die Mitgliedstaaten eigentlich sparen sollten, nämlich in einer Aufschwungphase, greift der Pakt nicht, weil in solchen Zeiten es den Mitgliedstaaten leichter fällt, die Defizitkriterien einzuhalten. Eine ganze Reihe von Alternativvorschlägen liegt auf dem Tisch.

So könnte die EU den Mitgliedstaaten Grenzen für die Staatsausgaben statt für das Haushaltsdefizit setzen. Solche „Ausgabenziele“ wären auch während eines Konjunkturaufschwungs wirksam und würden dazu führen, dass Mitgliedstaaten in Wachstumsphasen zur Haushaltskonsolidierung angehalten werden.

Mit diesem Konzept haben die USA Anfang der neunziger Jahre sehr erfolgreich ihren Staatshaushalt saniert. Das Problem ist allerdings, dass Ausgabenziele Wohltaten an die Bürger über Steuersenkungen nicht erfassen, die sich ja genau wie Ausgaben auf den Haushalt auswirken.

Ein weiterer Vorschlag ist, statt des Defizitkriteriums eine Grenze für die Höhe der Inflation in jedem Land festzulegen. Hinter diesem Konzept steht der Gedanke, dass in erster Linie eine hohe Inflation in einem Euro-Staat für die anderen Mitgliedstaaten schädlich ist. Solange also die Preissteigerung unter Kontrolle ist – so die Annahme – kann der betreffende Mitgliedstaat mit seinem Haushalt machen, was er will. Doch auch dieses Konzept ist nicht so einfach umzusetzen. Denn dynamische Ökonomien wie Portugal oder Irland haben strukturell eine höhere Inflationsrate als reife Volkswirtschaften wie

Deutschland. Für jedes Land müssten folglich gesondert Inflationsziele festgelegt werden, was dieses Konzept unübersichtlich machte. Hinzu kommt, dass damit das Ziel ausgeglichener Haushalte völlig aufgegeben würde.

Ob eine Reform des Stabilitätspakts so weit gehen würde, ist längst noch nicht ausgemacht. Fest steht aber, dass nach der Sitzung der EU-Finanzminister im November die Politik nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann.

MATTHIAS RUMPF

Sagen Sie den Bundestagsabgeordneten oder der Redaktion Ihre Meinung zum Thema „Stabilitäts- und Wachstumspakt“:

blickpunkt@media-consulta.com

INFOTIPPS

Der Bundestag verabschiedete am 19. Dezember 2003 wichtige Gesetze der Agenda 2010. Dazu gehören:

Arbeitsmarkt: Der Kündigungsschutz wird vorsichtig gelockert. Vor allem kleine Betriebe erhalten damit den Anreiz, Arbeitslose einzustellen. Zudem wird die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf grundsätzlich zwölf Monate gekürzt und für Arbeitnehmer ab dem 55. Lebensjahr auf höchstens 18 Monate begrenzt. Durch eine Übergangsregelung gilt dies für Neuanträge erst ab dem 1. Februar 2006. Langzeitarbeitslose, die das neue Arbeitslosengeld II bekommen, müssen ab 2005 jeden legalen Job annehmen – auch wenn er unter Tarif bezahlt wird. Zuständig für die Langzeitarbeitslosen ist in der Regel die reformierte Bundesagentur für Arbeit.

i Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt: Drucksachen 15/1516, 15/1728, 15/1749, 15/1994, 15/2259
Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe: Drucksache 15/2264
Arbeitsmarktreform: Drucksachen 15/1204, 15/1509, 15/1587, 15/1792, 15/2245

Steuern: Der Eingangssteuersatz wird zum Januar 2004 auf 16 Prozent und der Spitzensteuersatz auf 45 Prozent gesenkt. Andererseits werden Subventionen abgebaut. So wird die Entfernungspauschale auf 30 Cent pro Kilometer abgesenkt. Be-

amte erhalten als Weihnachtsgeld nur 60 Prozent des Monatsbetrages. Das Urlaubsgeld wird gestrichen.

i Drucksachen 15/1502, 15/1639, 15/1750, 15/1992, 15/2261

Rente: Der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung wird 2004 auch 19,5 Prozent betragen. Die Mindestschwankungsreserve wird von 50 auf 20 Prozent einer Monatsausgabe der Rentenversicherung abgesenkt. Die Rentenanpassung am 1. Juli 2004 wird ausgesetzt. Ab 1. April 2004 tragen Rentner den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung.

i Drucksache 15/2149

Handwerksordnung: Der Meisterzwang im Handwerk gilt künftig nur noch in 41 statt wie bisher in 94 Berufen. Kriterien für die Meisterpflicht sind neben der so genannten Gefahrgeneignung nun auch die Ausbildungsleistung. Zudem können sich Gesellen in allen Handwerken nach sechs Jahren selbstständig machen. Der Kündigungsschutz für Arbeitnehmer kommt nur in Betrieben mit mindestens zehn Mitarbeitern zum Tragen.

i Drucksachen 15/1089, 15/1224, 15/1422, 15/2247

D I A



Gerechtigkeit Was ist

Was ist gerecht? Diese Frage durchzieht derzeit die gesamte Reformdebatte. Da ist von Chancengerechtigkeit die Rede, von Generationengerechtigkeit oder Steuergerechtigkeit. Warum ist Gerechtigkeit zum zentralen politischen Begriff geworden? Wie definiert sich Gerechtigkeit heute? Darüber führte BLICKPUNKT BUNDESTAG ein Streitgespräch mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit seiner Fraktion **Rolf Stöckel** und dem CDU-Abgeordneten und Vorsitzenden der „Jungen Gruppe“ der CDU/CSU-Fraktion **Günter Krings**.

Blickpunkt Bundestag: Warum, Herr Stöckel, hat das Thema Gerechtigkeit heute eine solche Konjunktur?

Rolf Stöckel: Weil immer mehr Menschen subjektiv empfinden, dass etwas mit der Verteilungsgerechtigkeit in Staat und Gesellschaft nicht mehr richtig funktioniert.

Blickpunkt: Sehen Sie das auch so, Herr Krings? Gehört Gerechtigkeit nicht zu den dauerhaften Grundprinzipien der Politik?

Günter Krings: Gerechtigkeit ist ein Dauerbrenner. Schon Augustin wusste: Ein Staat ohne Gerechtigkeit ist wie eine Räuberbande. Ich denke, dass immer dann, wenn wir gesellschaftliche Umbrüche haben, wenn wir etwa den Sozialstaat umbauen müssen, das Thema Gerechtigkeit logischerweise stark in den Vordergrund rückt. Dabei darf man sich nicht auf das Thema Verteilungsgerechtigkeit beschränken. Ich finde es interessant und bezeichnend,

dass die SPD-Fraktion zwar eine Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit hat, nicht aber eine AG Leistungs- oder Chancengerechtigkeit.

Stöckel: Wir sollten uns nicht an Namen festhalten, zumal sich die AG eigentlich Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration nennt. Natürlich gehören Verteilungs-, Chancen- und Zugangsgerechtigkeit zusammen.

Blickpunkt: Wenn Wohlstand nicht oder nur noch kaum verteilt werden

LOG



gerecht?

kann, ist es dann zwingend, dass sich Verteilungsgerechtigkeit zur Chancengerechtigkeit wandeln muss?

Krings: Oft hinkt das Begriffliche den gesellschaftlichen Veränderungen hinterher. Wir müssen aufpassen, dass wir Chancengerechtigkeit nicht nur als lästiges Anhängsel empfinden, sondern gleichwertig auch zur Leistungsgerechtigkeit sehen. Wichtiger, als dass im Ergebnis alles gleich verteilt wird, ist doch, dass die Chancen gerecht verteilt sind. Das ist durchaus ein anderer gesellschaftlicher Bewusstseinsstand, den gerade auch die junge Generation einfordert. Darauf muss die Politik reagieren.

Stöckel: Ohne Verteilungsgerechtigkeit gibt es keine Zugangsgerechtigkeit. Jemand, der durch Zufall in die Familie eines Bergmannes und seiner Frau, die nebenbei näht und putzt, geboren wird, wird ohne staatliche Umverteilung der Mittel von stärkeren auf schwächere

Schultern und in öffentliche Infrastrukturen keine wirkliche Zugangs- und Chancengerechtigkeit erfahren.

Blickpunkt: Sind die Vermögens- und Erbschaftsteuer, die von Rot-Grün ja wieder ins Spiel gebracht werden, noch brauchbare Instrumente zum Umverteilen?

Stöckel: Ich finde, dass mit der Progression bei der Einkommensteuer durchaus schon eine beachtliche Verteilungsgerechtigkeit erreicht wird, immerhin werden 60 Prozent der Einkommensteuer von denen aufgebracht, die mehr als 65.000 Euro im Jahr verdienen. Dennoch scheint mir richtig, dass wir alle Einkommensarten, also auch die aus Kapitalvermögen und Immobilien, stärker in die Finanzierung öffentlicher Aufgaben einbeziehen sollten.

Krings: Ich finde, dass wir das Modell der Verteilungsgerechtigkeit schon

überreizt haben. Wir haben heute eine Staatsquote von deutlich über 50 Prozent. Ein erheblicher Teil davon sind Sozialausgaben, die umverteilt werden. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht vor lauter Umverteilen, Transaktions- und Bürokratiekosten die eigentlichen Leistungen so sehr einschränken, dass nachher alle weniger haben.

Stöckel: Natürlich gibt es bestimmte Wirkungen im Sozialstaat, die einfach leistungsfeindlich sind. Dennoch: Die persönlichen Entwicklungschancen eines Menschen dürfen nicht von Herkunft und vom Geldbeutel seiner Eltern abhängen. Trotz sozialer Marktwirtschaft und gemeinsamer Politik der Volksparteien gibt es hier noch immer große Disparitäten. Die Pisa-Studie etwa sagt eindeutig, dass unser Schulsystem eines der sozial selektivsten ist. Auch in großen Städten gibt es Gettosituationen, die keine wirkliche Chan-



Im Gespräch: Günter Krings ...

cengleichheit bieten. Insofern haben wir immer noch einen Nachholbedarf.

Blickpunkt: Bezieht sich Chancengerechtigkeit überwiegend auf den Zugang zu Bildung und Ausbildung oder auch auf den lebenslangen Zugang zu Arbeit?

Krings: Der Staat sollte Rechte nur einräumen, wo er realistischerweise Ansprüche auch erfüllen kann. Der Staat kann aber das Recht auf Arbeit nicht einlösen, er kann nur möglichst gute Rahmenbedingungen dafür schaffen. Chancengleichheit bedeutet im Übrigen auch mehr als den bloßen Zugang zu bestimmten Grundbedingungen. Sie bedeutet zum Beispiel, dass wir nicht Zukunftschancen verfrühstücken, die wir morgen noch brauchen. Und dass wir nicht heute so viel Neuverschuldung machen, dass nachher die junge Generation zwar vielleicht noch eine Ausbildung machen kann, aber keinen Arbeitsplatz mehr findet.

Blickpunkt: Stichwort: Bildungsgerechtigkeit – ist es gerecht, dass das Studium der Studenten der Steuerzahler zahlt, den Hort- und Kindergartenplatz aber Eltern aus eigener Tasche zahlen müssen?

Stöckel: Nein, es ist nicht gerecht, wenn ein Hochschulstudium kostenlos ist, der Kindergarten aber bezahlt wer-

den muss. Man muss darüber diskutieren können, wie man im Bildungswesen mit Beiträgen umgeht. Deshalb können nachgelagerte Studiengebühren durchaus gerecht sein. Warum soll der gut ausgebildete Akademiker später der Gemeinschaft nicht zurückgeben, was sie ihm gegeben hat?

Krings: Ich bin schon seit langem für Studiengebühren, die zumindest einen bestimmten Anteil der Studienkosten decken sollten. Ich halte das für gerecht. Es kann nicht sein, dass – überspitzt gesagt – heute der Facharbeiter das Studium des Arztsohnes bezahlt. Natürlich darf eine Studiengebühr nicht vom Studium abschrecken. In der Realität könnte sie sogar eine Stärkung bedeuten: Wenn Studenten für ihr Studium bezahlen, haben sie auch klarere Leistungsansprüche gegenüber ihren Professoren.

Blickpunkt: Stichwort: Generationengerechtigkeit. Hat sich die jetzt arbeitende Generation auf Kosten der Jungen eingerichtet?

Krings: Wenn Konsens darüber besteht, dass wir – etwa mit Blick auf den gewaltigen Schuldenberg – sozialstaatlich deutlich über unsere Verhältnisse leben, ist die Schlussfolgerung zwingend, dass die jetzige Generation auf Kosten der künftigen lebt. Dafür kann der Einzelne nichts. Aber deshalb ist es ja so eminent wichtig, dass der Sozialstaat nicht nur in fünf oder zehn Jahren funktioniert, sondern fit gemacht wird auch für das Jahr 2030. Das wird in der Tagespolitik zu wenig behandelt.

Stöckel: Ganz klar: Der Bismarck'sche Sozialstaat ist, so wie er sich entwickelt hat, nicht das nonplusultra. Viele Bedingungen haben sich verändert, und den-

... und Rolf Stöckel.



Reden Sie mit beim Thema „Gerechtigkeit“:

Günter Krings (CDU/CSU):
guenter.krings@bundestag.de

Rolf Stöckel (SPD):
rolf.stoeckel@bundestag.de

Redaktion
BLICKPUNKT BUNDESTAG:
blickpunkt@media-consulta.com

noch haben sich gewisse Benachteiligungen und Armutssituationen verfestigt.

Blickpunkt: Bei der Rente macht sich der Mangel späteren Beitragszahlern schmerzlich bemerkbar. Ist es gerecht, Ehepaare mit Kindern bei den Beiträgen zu entlasten, Kinderlose dagegen mit höheren Beiträgen zu belasten, manche sagen: zu bestrafen?

Krings: Kinder dürfen auf keinen Fall, wie es zurzeit bei einer Million Kindern in Sozialhilfe in Deutschland ist, zum Armutsrisiko werden. Deshalb müssen wir die Familien stärken. Die Frage bleibt aber, wie man dieses Ziel erreicht. Ich finde, dies sollte primär über das Steuersystem geschehen. Denn das Rentensystem darf nicht überfrachtet werden.

Stöckel: Auch ich habe Zweifel, ob Familienförderung über das Rentensystem erfolgen sollte. Klar aber ist, dass kinderlose Paare, die ja meistens auch über mehr Einkommen verfügen als Familien, ordentlich beitragen müssen zu den Kosten einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Denn letztlich profitieren sie ja von den Kindern der anderen.



Begegnungen im Parlamentsviertel Hauptstadtbilder

Berlin hat eine neue Attraktion: Bei der Schlüsselübergabe für das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, den letzten Bundestagsneubau, verglichen einige Gäste dessen breiten Aufgang schon mit der „Spanischen Treppe“ in Rom. Nicht nur der Architekt **Stephan Braunfels** freut sich auf den Sommer, wenn viele Menschen die Treppe oberhalb der Spree beleben werden. Spätestens dann bekommt die Kuppel des Reichstagsgebäudes Konkurrenz.



Schlüsselübergabe im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus.

Auch der Bauherr zeigt sich bei der Feierstunde in der mächtigen Halle des Neubaus mit dem Werk zufrieden. Bundestagspräsident **Wolfgang Thierse**: „Wir sind endgültig in Berlin angekommen, das Werk ist gelungen. Wir können stolz sein.“ Das Bild von Berlin hat einen neuen starken Akzent erhalten.

Ihr ganz persönliches Bild von Berlin haben zahlreiche Abgeordnete und ihre Mitarbeiter teils farbig, meist schwarz-weiß skizziert. Zwei Bremer Künstlerinnen, **Barbara Thiel** und **Rosa Steinbrenner**, hatten allen Abgeordneten und ihren Mitarbeitern drei Fragen gestellt. Erstens: „Welche Orte sind für Sie von Bedeutung?“, zweitens: „Welche Wege legen Sie zurück?“ und drittens: „Wie haben Sie sich an Ihrem Arbeitsplatz eingelebt?“. Auf einem genormten Blatt Papier konnten die Teilnehmer die Fragen zeichnend oder schreibend beantworten.

Die im Paul-Löbe-Haus ausgestellten Ergebnisse sind beeindruckend. Da gibt es beispielsweise eine farbige Skizze, in der die großen Berliner Achsen grün, die zentralen Stät-

ten rot und die Freizeitorte gelb eingezeichnet sind. Oder ein liebevolles Berlin-Panorama mit Reichstagsgebäude, Brandenburger Tor, Reklameschildern, Hochbahn und Cafés. Der Abgeordnete **Klaus Rose** zeichnete seine Bezugspunkte ein: natürlich das Reichstagsgebäude, aber auch seine Wohnung, den Kreuzberg und das Friedrich-Jahn-Stadion, wo er in der Bundestagsmannschaft Fußball spielt. Er kommentiert sein Werk mit den Worten: „Da ich mich weder für einen Künstler noch für einen Kartographen halte, half nur Spontaneität.“

Sein Kollege **Rolf Stöckel** fügte seiner detailreichen Bleistiftzeichnung der Ost-West-Achse durch Berlin schriftliche Erläuterungen bei: „Ich bin aus dem Volk. Jeder ist ein Künstler. Ich bin Dilettant, aber nicht naiv.“ Keine Dilettanten waren glücklicherweise am Werk, als der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung das Foyer des Paul-Löbe-Hauses in ein riesiges Labor verwandelte. Auf dem Podium experimentierte die Ausschussvorsitzende **Ulrike Flach**. Zu bestaunen gab es Flüssigkeiten, die bergauf fließen, trockenes Stroh, das nicht zu brennen beginnt, und Gold, das plötzlich purpurfarben wird. Anlass war die Präsentation des Abschlussberichts „Stand und Perspektiven der Nanotechnologie“.

Grund zu Freude gab es im Dezember für die Redaktion von BLICKPUNKT BUNDESTAG. Das offizielle Magazin des Parlaments wurde in der Kategorie „Printpublikation“ mit dem „Politikaward 2003“ ausgezeichnet. Mit diesem erstmals vergebenen Preis werden in verschiedenen Kategorien „innovative und erfolgreiche Projekte“ der politischen Kommunikation geehrt, „die vorbildhaft für die Arbeit der gesamten Branche stehen und neue Maßstäbe gesetzt haben“. Chefredakteur **Stefan Thomas** (2. v. l.) sowie Blattmacher **Herbert Fleischhauer** (r.) und **Klaus Lantermann** (l.) wollten die Trophäe am liebsten gar nicht mehr loslassen. KL



Preisverleihung „Politikaward 2003“.

Abgeordnete persönlich

Der 15. Deutsche Bundestag setzt sich aus 603 Abgeordneten zusammen. Die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit beschränkt sich hingegen nur auf relativ wenige. Und auch die Wahrnehmung dieser Abgeordneten ist meist auf ihre Funktion als politische Mandatsträger reduziert. Mit diesen Rubriken will BLICKPUNKT BUNDESTAG die Persönlichkeiten hinter den Mandaten näher beleuchten.



Drei Fragen an Abgeordnete

Herr Krings, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Als ich nach Berlin gezogen bin, habe ich mich schnell entschieden, nach Mitte zu ziehen. Fast nirgendwo anders hat man dieses aufregende Nebeneinander von Neu und Alt. Hier schlägt der Puls von Berlin. Mein allerliebster Ort in Berlin ist meine Wohnung in der Krausnickstraße. Die ist auch in Mitte, aber extrem ruhig und sogar mit Blick auf einen kleinen Park. Wenn ich in einer Sitzungswoche nach einem anstrengenden Tag voller Sitzungen, Gespräche und Abendveranstaltungen gegen Mitternacht nach Hause komme, freue ich mich auf mein Wohnzimmer und ein gutes Buch.

Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Das letzte Mal so richtig gelacht habe ich über den Bundeshaushalt 2004 – es mischen sich aber auch ein paar Tränen rein.

Was soll als nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Die Mauer (aus Akten) muss weg! Manchmal entwickle

ich Aggressionen gegen diese schwarzen Mappen voller Terminanfragen. Erst wenn das getan ist, kann ich mich in Ruhe den inhaltlichen Sachen widmen. Da steht momentan ein Papier junger Abgeordneter zur Reform des Föderalismus an. Auch das muss bald vom Tisch und dann möglichst schnell auf die Schreibtische meiner Kollegen in der „Föderalismuskommission“.

Günter Krings, CDU/CSU, Jahrgang 1969, ist promovierter Jurist und seit 2002 im Bundestag. Er ist Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und als ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss tätig.

guenter.krings@bundestag.de
www.guenter-krings.de



Welches Buch lesen Sie gerade?



**Petra Merkel:
„Ich entdecke gerade das ‘Berlin-Paket’ von Michael Lewitscharoff.“**

In Zeiten, in denen der Berg an Bundestagsdrucksachen analog zum Schlafdefizit wächst, greife ich zu einem großen Werk – immerhin 30 mal 30 Zentimeter und sechs Zentimeter hoch: das „Berlin-Paket“ von Michael Lewitscharoff.

Dieses Buch ist für mich immer wieder eine Gelegenheit, die Liebe zu meiner Stadt Berlin buchstäblich zu entfalten. Im Paket finden Sie Seite für Seite eine neue Attraktion, die sich aufrichtet: das Brandenburger Tor, der Potsdamer Platz, das Reichstagsgebäude mit Kuppel oder das Ludwig-Erhard-Haus. Mit kindlicher Freude ziehe ich immer wieder an Laschen, um zum Beispiel die Baugeschichte des Potsdamer Platzes als kleine Dia-Show bewundern zu können. Mit einem Ruck lässt sich die Lobby des großen Schauspielhauses erleuch-



Schloss Sommerswalde

Der kleine Reichstag des Herrn Sommer

Im Jahre 1891 erfüllte sich für den Berliner Grundstücksbesitzer Richard Sommer ein Traum. Im Schwanter Forst nordwestlich von Berlin wurde das letzte Gebäude seines Landsitzes fertig gestellt – ein repräsentatives Schloss, das verblüffende Ähnlichkeit mit Paul Wallots erstem, nicht umgesetzten Entwurf zum Berliner Reichstag aufweist.

Nicht nur die kleine Kopie des Reichstagsgebäudes macht die Anlage von Sommerswalde zu einem besonderen Ort. Denn zu dem Gebäudeensemble gehörten auch eine Orangerie in Form einer Moschee mit hohen Minaretten, ein Forsthaus und ein roter Klinkerbau, der mit seinem Mittelurm und vier kleineren Ecktürmen an das Rote Rathaus in Berlin erinnerte.

Die Anlage war eine Attraktion und zog zahlreiche Gäste zu Jagdgesellschaften und rauschenden Festen an. Unter ihnen waren zwei türkische Prinzen und auch Mustafa Kemal Pascha,



Schloss Sommerswalde.

der als Begründer der modernen Türkei später den Ehrennamen Atatürk trug.

Richard Sommer hatte es dem Reichstag in Berlin zu verdanken, dass er sich diese kostspieligen Vergnügungen leisten konnte. Denn der Bau des Parlamentsgebäudes hatte die Preise seiner Grundstücke in der Umgebung des Brandenburger Tors steigen lassen

und ihn zum reichen Mann gemacht. Die Familie des spleenigen Lebemanns besaß große Ländereien vor Berlin. Sein Großvater Carl August Sommer, ehrenamtlicher Stadtrat und Stadtältester, kaufte zwischen 1842 und 1847 die am Brandenburger Tor angrenzenden Grundstücke und ließ die bestehenden Gebäude repräsentativ umbauen. So entstand südlich des Tores das „Haus Sommer“ als Familiensitz und nördlich ein 1857 von Louis Liebermann erworbenes Haus. Dessen Sohn, der Maler Max Liebermann, lebte hier, von den Nationalsozialisten verfehmt, bis zu seinem Tod im Februar 1935.

Die Pracht in Sommerswalde war nicht von Dauer. Nach Sommers Tod im September 1916 führten Erbstreitigkeiten unter den elf Kindern zum Verkauf des Grundstücks. Die Gebäude wurden baufällig, so dass die Kuppel und die Minarette der Orangerie abgerissen werden mussten. Heute gehört Sommerswalde einer buddhistischen Gemeinschaft. Die Anlage ist für Besucher frei zugänglich. Exotisch und einladend – wie es Herrn Sommer wohl gefallen hätte. HFR

ten. Selbst eine Mini-Litfaßsäule verbirgt sich in diesem aufwändigen Berlin-Paket von Michael Lewitscharoff.

Auch für Schulen ist das Werk ein Renner (Stichwort: interaktiv), allerdings, man kennt das ja: So viel ist nun im Etat der einzelnen Schule nicht drin. Kinder werden sicherlich spielerisch angeregt zu lesen, genau zu schauen und vielleicht sogar zu schreiben und zu basteln. Es wäre jetzt gelogen, zu sagen, dass das Buch eine Reise ersetzt. Nein, das Gegenteil ist der Fall: Es animiert zu einem Besuch in der Hauptstadt.

Nun, wer braucht das Buch? Jeder, der nach Berlin fahren will, sollte über Architektur, Kultur und Geschichte der Stadt schon ein paar Informationen vor seiner Anreise haben. Und im Vorgriff auf die Fusion von Berlin und Bran-

denburg finden Sie eine edle Zugabe im separaten Schuber und in königlichem Blau – Sanssouci bei Potsdam! Alles zusammen eine gute Vorbereitung für eine Städtereise in die deutsche Hauptstadt. Dieses Buch ist ein Erlebnis!

Michael Lewitscharoff: Das Berlin-Paket, Ars Edition 2002, 2. überarbeitete Auflage, 59,00 Euro.

Petra Merkel (SPD), ist seit 2002 im Bundestag. Als Mitglied im Haushaltsausschuss ist sie unter anderem zuständig für den Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Kulturstaatsministerin Christina Weiss.

**petra.merkel@bundestag.de
www.petra-merkel.de**

Buchtipp

Carl-Peter Steinmann, „Von wegen letzte Ruhe. Berliner Ausgrabungen“, Berlin 2001.



Schümanns Sicht der Dinge Nicht so einfach

Gestern habe ich Politik gemacht. Wie die Großen, nur am Küchentisch. Das heißt, ich habe es versucht. Am Küchentisch finden bei uns immer die Haushaltsdebatten statt, sinnvoller Weise beim Frühstück. Da zieht sich so eine Debatte nicht so lange, weil Paul in die Schule muss und ich zur Arbeit. Anlass der jüngsten Debatte war Pauls Antrag auf Taschengelderhöhung. Paul pubertiert heftig, nie reicht sein Monatsetat. Der Antrag liegt schon länger zur Zustimmung vor, ehrlich gesagt, ich hab ihn bislang ausgesessen. Aber gestern beharrte Paul auf Aussprache.

„Taschengelderhöhung, Taschengelderhöhung“, sagte ich, „woher soll ich's denn nehmen?“ Paul zeigte sich wenig einsichtig. „Eine Zigarette weniger am Tag würde das Problem vielleicht lösen“, sagte er. Ich rauche schon seit Jahren eine Zigarette weniger am Tag. „Du musst dir ja auch nicht jede Tom-Waits-CD kaufen“, sagte Paul. Ich kaufe schon seit Jahren keine Tom-Waits-CD mehr. Stattdessen wünsche ich mir schon seit Jahren einen kleinen Motorroller für die Stadt. „Muss ja nicht sein“, sagte Paul, „bei dem Verkehr.“ Manchmal, besonders in meinen Belangen, ist Paul sehr vernünftig. Ich versuchte es mit einem Gegenfinanzierungsmodell. „Schau Paul“, sagte ich triumphierend, „wenn wir dir das Taschengeld erhöhen, fallen



außeretatmäßige Zuschüsse wie Kinogeld weg. Auch müsste dann eine Telefonkostenbeteiligung in Betracht gezogen werden.“ Paul guckte streng: „Telefonkosten, Telefonkosten, ich telefoniere doch nie“, sagte er. Darüber gehen die Meinungen bei uns allerdings stark auseinander, aber ich musste ohnehin zur Arbeit. Paul gab noch nicht auf. „Subventionsabbau ist das“, rief er, als ich schon an der Türe war, „übelster Subventionsabbau, nennt man das wohl“, sagte er. Ich hatte ihn. Glaubte ich. „Wir müssen eben alle Opfer bringen“, sagte ich triumphierend.

Kurzfristig gab sich Paul kompromissbereit. „Okay, machen wir es so. Jetzt. Aber wenn dann nächstes Jahr die Steuern gesenkt werden, dann wächst doch dein Etat. Eine Zigarette am Tag weniger, nicht mehr jede Tom-Waits-CD und Bus und Bahn bringen dich auch schnell durch die Stadt. Dann können wir ja alles wieder rückgängig machen.“ Irgendwie ist Politik machen doch nicht so einfach.

Helmut Schümann schreibt für den Berliner „Tagespiegel“. 2004 erscheint „Der Pubertist. Überlebenshandbuch für Eltern“, eine Sammlung seiner dort veröffentlichten Kolumnen. Für den BLICKPUNKT BUNDESTAG berichtet er regelmäßig aus dem Parlamentsviertel.



Leerer Plenarsaal | Bundestagsadler | Stenografen | Fraktionsdisziplin | Überhangmandate
Hammelsprung | Diäten | Sicherheit im Bundestag | Fraktionslose Abgeordnete | Redezeiten



Gefragt – geantwortet

An den Besucherdienst des Bundestages werden viele Fragen gerichtet. Kinan Jaeger, freier Mitarbeiter des Besucherdienstes, beantwortet für die Leser von BLICKPUNKT BUNDESTAG die meistgestellten Fragen der Besucher.

Was sind Überhangmandate?

Eine interessante Besonderheit weist der 15. Deutsche Bundestag auf: Beide großen Fraktionen, SPD und CDU/CSU, gewannen jeweils 38,5 Prozent der Wählerstimmen – dennoch stellt die SPD mit 251 gegenüber 248 Sitzen die größte Fraktion. Dazu verhalfen ihr die Überhangmandate – eine Folge unseres Wahlsystems. Dies hat durchaus Konsequenzen: So zum Beispiel stellt die größte Fraktion traditionsgemäß den Parlamentspräsidenten. Auch beim Vergabeverfahren (Sainte-Laguë/Schepers) für die proportionale Besetzung der Ausschüsse und ihrer Vorseitze erhält sie jeweils den ersten Sitz beziehungsweise den ersten Zugriff. Überhangmandate entstehen, weil der Volkswille in der Demo-

kratie sich durchsetzen muss. Wählt das Volk einen Wahlkreiskandidaten mehrheitlich direkt per Erststimme in den Bundestag, so ist das Mandat gesichert. Wenn also eine Partei laut Aufschlüsselung ihrer Zweitstimmen nur zehn Abgeordnete aus einem bestimmten Bundesland in den Bundestag entsenden darf, in diesem Bundesland aber zwölf direkte Kandidaten durch die Erststimmenentscheidung in den Wahlkreisen gewonnen hat, ziehen diese ins Parlament ein. Beim „Nachrücken“ gilt jedoch: Solange in einem Bundesland Überhangmandate bestehen, können Direktmandate nicht aus der Landesliste nachbesetzt werden. Die heutigen knappen Mehrheitsverhältnisse sind somit durchaus veränderbar.

I M P R E S S U M

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion:

Stefan Thomas (Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Redaktion:

Klaus Lantermann, Dr. Heiko Fiedler-Rauer, Jens Specht
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Wassergasse 3, 10179 Berlin

Telefon: (030) 650 00-200, Fax: (030) 650 00-222

E-Mail: lantermann@media-consulta.com

Koordination:

Herbert Fleischhauer (Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Telefon: (030) 227-378 68, Fax: (030) 227-365 06

E-Mail: herbert.fleischhauer@bundestag.de

Beauftragte Agentur:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Geschäftsführung:

Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction:

Sylvia Müller

Online-Produktion:

Julia Henke

Produktion:

Mio Behleit, Ivan Perez

Abonnement und Vertrieb:

Sarina Neumann

Fax: (030) 65 000-350

E-Mail: s.neumann@media-consulta.com

Druck:

Junger Druckerei und Verlag GmbH, Herzberg am Harz

Redaktionsschluss:

12. Dezember 2003

Die Texte aus **BLICKPUNKT BUNDESTAG**

gibt es auch im Internet: <http://www.bundestag.de>

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Bundestagsdrucksachen finden Sie im Internet:

<http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm> oder unter www.parlamentsspiegel.de. Bestellen können Sie die Drucksachen nur schriftlich gegen eine vom Umfang abhängige Gebühr beim Bundesanzeiger Verlag, Postfach 13 20, 53003 Bonn, per Fax unter der Nummer 02 28/382 08 44 oder per E-Mail: bonn@bundesanzeiger.de

Fotos und Grafiken:

Audiovisual Library European Commission: S. 6-9; Deutscher Bundestag: S. 17, 18 (2), 19, 26, 27, 30, 31, 37, 38, 39, 45, 46; Deutsches Filmmuseum Frankfurt am Main/Artur-Brauner-Archiv: S. 16; Karl-Heinz Döring: S. 4-5, 9, 38, 39; Birgit Kentler: S. 36-44; Kitty Kleist-Heinrich: S. 48; Phalanx: S. 42-44; Picture-Alliance: Titel, S. 2, 3, 7, 8, 18-19 (8), 20, 21, 22, 24, 25, 26-27, 28, 29, 31-31, 36, 40; studio kohlmeier: S. 1, 2, 10-13, 14-15, 16, 33-35; Ullstein Bild: S. 47; Marco Urban: S. 45; VISUM/Sintesi S. 6.

BESTELLCOUPON

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den **BLICKPUNKT BUNDESTAG** zum Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Blickpunkt-Abo
Wassergasse 3
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche mit einer schriftlichen Mitteilung widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per Rechnung Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtigt ich Sie zum Bankeinzug des Abonnementpreises.

Datum/Unterschrift

